

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Donnerstag, 29. Juni 1989

Nr.124 (6 002)

Preis 3 Kopeken

Beschluß des Kongresses der Volksdeputierten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Über die Hauptrichtungen der Innen- und Außenpolitik der UdSSR

Den Willen des Volkes bekundend, übernimmt der Kongreß der Volksdeputierten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die ganze Fülle der höchsten Staatsmacht im Lande.

Das Volk hat den Deputierten sein Schicksal anvertraut, und es gibt keine höhere Pflicht, als diesen Auftrag zu erfüllen.

I.

Nach Entgegennahme und Erörterung der Berichte des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR M. S. Gorbatschow über Hauptrichtungen der Innen- und Außenpolitik der UdSSR und des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR N. I. Ryschkow über das Programm der bevorstehenden Tätigkeit der Regierung stellt der Kongreß der Volksdeputierten fest, daß das Land eine äußerst verantwortungsvolle Zeit seiner Geschichte durchlebt, von der das Schicksal der Umgestaltung die Zukunft unseres multinationalen Vaterlandes abhängt.

Die auf Initiative der Partei eingeleitete tiefe Umgestaltung aller Seiten des gesellschaftlichen Lebens ist berufen, das Land aus der ersten Krise, in der es sich Anfang der 80er Jahre sah, herauszuführen, sich entschieden von all dem, was seine weitere Entwicklung hemmt, loszusagen, dem Sozialismus ein modernes Antlitz zu verleihen, neue Horizonte des gesellschaftlichen Fortschritts für die sowjetische Gesellschaft zu erschließen.

Die Welle der "Erneuerung" weckte und mobilisierte das ganze Volk. Es läuft, wenn auch nicht leicht, der Prozeß der Meisterung neuer Formen des gesellschaftlichen Lebens in Politik, Wirtschaft und Kultur vor sich. Ihre ersten Schritte macht die Wirtschaftsreform. Die Umgestaltung des politischen Systems hat begonnen. Es werden Grundsteine für einen Rechtsstaat gelegt. Eine tiefgehende Umgestaltung vollzieht sich im gesellschaftlichen Bewußtsein. Es entwickelt sich ein stürmischer Politisierungsprozeß aller Völkerschichten.

Den Willen des Volkes bekundend, spricht sich der Kongreß für ein unentwegtes Vorankommen auf dem Wege der Umgestaltung aus. Zugleich betont der Kongreß, daß der Umgestaltungsprozeß unter Schwierigkeiten und widersprüchsvoll verläuft, daß die Lage im Land kompliziert und angespannt bleibt. Es hat seine Krise noch nicht überwunden. Die Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens stößt auf die Zähigkeit alter Instinktionen, Arbeitsverfahren, Denkschemata, Einseitigkeit der Widerstandskonservativer Kräfte überwinden werden, andererseits machen extreme Stimmungen von sich reden, es werden Forderungen laut, alle Probleme auf Anhieb, ohne Berücksichtigung objektiver Bedingungen, zu lösen.

Die Perestroika nährt große Hoffnungen, doch die erwünschten Resultate insbesondere in der wirtschaftlichen und sozialen Sphäre, bleiben vorläufig noch aus. Manche Probleme haben sich sogar zugespitzt, was die sozialen Spannungen in der Gesellschaft verschärft. Die sich in der Produktion angebahnten positiven Veränderungen werden durch das zerrüttete Finanzsystem, die Unausgewogenheit des Marktes, das anwachsende Defizit an vielen Waren und Dienstleistungen zu nichte gemacht. Trotz der Anstrengungen, die unternommen werden, bleiben das Lebensmittel- und das Wohnungsproblem akut. Die ökologische Lage kompliziert

sich. Das alles beeinflusst negativ die Lebensverhältnisse, besonders des minderbemittelten Teils der Bevölkerung.

Nur langsam vollzieht sich die Hinwendung der Volkswirtschaft zur Befriedigung der Belange der Menschen. Es gibt keine ersten Fortschritte bei der Hebung des wissenschaftlich-technischen Niveaus und der Produktionseffektivität. Die Praxis der Zersplitterung der Investitionen, des Anwachsens der unvollendeten Baubjekte wird weiter gelbt. Wegen des Fehlens eines komplexen Herangehens, wegen inkonsequenter und unentschlossener Handelsentscheidungen entstehen Störungen bei der Realisierung der Wirtschaftsreform, bei der Herausbildung eines neuen Wirtschaftssystems. Das administrative Weisungssystem paßt sich den Bedingungen der Umgestaltung an und drosselt nach wie vor die wirtschaftliche Entwicklung. Der aufgeblähte Verwaltungsapparat blockiert die Einführung der Beziehungen auf der Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung und anderer progressiver Organisationsformen des Wirtschaftslebens, die Initiative der Massen, Gleichmacherel bei der Entlohnung, Schmarotzertum, Lokalegoismus und Ressortgeist sind noch nicht überwunden.

Erste Probleme stehen der politischen Reform, der Demokratisierung der Gesellschaft im Wege. Die örtlichen Sowjets und ihre Vollzugsorgane erlernen nur zögernd die neuen Funktionen und Leitungsmethoden, das wachsende Niveau der gesellschaftlichen Aktivität der Massen wird nicht berücksichtigt, die positiven Möglichkeiten der selbsttätigen Bewegungen der Werktätigen werden unterschätzt. Die Praxis des Herumadministrierens gegenüber den Betrieben, Kolchose- und Sowchosa, Kooperativen und Pächtern hört nicht auf. Als einen außerordentlich beunruhigenden Fakt nennt der Kongreß die abgeschwächte Disziplin und Verantwortlichkeit, die Zunahme an Rechtsverletzungen und Kriminalität. Es gibt gewalttätige Mängel in der Arbeit der Rechtspflegeorgane beim Kampf gegen die organisierte Kriminalität und Korruption.

Unter den Bedingungen der Demokratisierung und Offenheit kommen die sich im Laufe vieler Jahre angehäuften Probleme der zwischenstaatlichen Beziehungen mit ganzer Kraft zum Ausdruck. Es sind gefährliche Konfliktherde entstanden, die zu ernsthaften Exzessen führen. Das sind die Folgen der langjährigen Deformationen und Verzerrungen der Leninschen Nationalitätenpolitik, des langandauernden Ignorierens der legitimen Interessen der Nationalitäten und Völkerschichten des Landes. Es kam zu wesentlichen Verzerrungen in der sozialökonomischen Entwicklung einiger Republiken und Regionen sowie zu Migrationsprozessen, die nicht regulierbar sind. Es wurden zahlreiche ungelöste Probleme der Entwicklung der Nationalsprachen und Kulturen, besonders der kleinen Völker, aufgedeckt.

Der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR stellt fest, daß das sowjetische Volk — die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die Intelligenz, alle sozialen Schichten, alle Nationalitäten und Völkerschichten unseres Landes — auf den Wahlen der Volksdeputierten vollständig die Politik der Umgestaltung unterstützen. Gleichzeitig forderten die Wähler nachdrücklich, sie mit mehr Entschiedenheit und Folgerichtigkeit durchzuführen.

Der Kongreß verpflichtet den

Obersten Sowjet der UdSSR und den von ihm gebildeten Ministerrat der UdSSR, erschöpfende Maßnahmen zu erarbeiten und zu verwirklichen, um die eingeleiteten positiven Veränderungen zu festigen und zu entwickeln, das Anwachsen der negativen Tendenzen zu stoppen, in kürzester Frist dringende Probleme zu lösen und eine zuverlässige Grundlage für die zukünftige Vorwärtsbewegung des Landes auf dem Weg des Fortschritts zu schaffen.

Der Oberste Sowjet der UdSSR und der Ministerrat der UdSSR müssen die von den Deputierten auf dem Kongreß vorgebrachten konkreten Vorschläge genauestens analysieren und verallgemeinern, sie in der Gesetzgebungspraxis bei der Regierungsarbeit, der Tätigkeit der Ministerien und anderer zentraler Staatsorgane berücksichtigen sowie die Volksdeputierten darüber informieren.

II.

Der höchste Sinn der Tätigkeit des sowjetischen Staates ist der materielle Wohlstand, die geistige Entwicklung und die moralische Gesundheit der Gesellschaft und jedes ihrer Mitglieder. Der Parteilapp fordert von den Staatsorganen eine entschiedene Hinwendung der Aufmerksamkeit zu den Menschen, zur weiteren Demokratisierung und Humanisierung aller Sphären des gesellschaftlichen Lebens, seiner geistigen Erneuerung und der folgerichtigen Realisierung des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit.

Um eine grundlegende Hebung des Lebensniveaus des Volkes zu erreichen, sind Zeit, die ernsthafteste Steigerung der Effektivität der Produktion, tägliche schöpferische Anstrengungen der Arbeitskollektive, der Wirtschaftsorgane und der gesamten Gesellschaft notwendig. Aber es gibt Fragen, die eine Sofortlösung fordern.

Der Kongreß beauftragt den Obersten Sowjet der UdSSR und den Ministerrat der UdSSR, Sofortmaßnahmen einzuleiten, damit sich die Situation auf dem Konsummarkt stabilisiert und das Defizit an Waren des täglichen Bedarfs und an Dienstleistungen beseitigt wird. Der Kongreß befindet es für notwendig, sofort, bis zum 1. Januar 1990, ohne das neue Rentengesetz abzuwarten:

— die Mindestaltersrenten allen Bürgern bis zum Niveau des Minimalarbeitslohnes zu erhöhen, und dabei die Unterschiede in der Rentenversorgung der Kolchosebauern, Arbeiter und Angestellten aufzuheben;

— die Mindestrenten für Invaliden der I. und II. Gruppe, für Witwen und die Eltern gefallener Militärangehöriger zu erhöhen und sie hinsichtlich der Vergünstigungen denen für Teilnehmer des Großen Vaterländischen Krieges gleichzustellen;

— Teilnehmern des Großen Vaterländischen Krieges, Witwen und Eltern gefallener Militärangehöriger das Recht auf den unentgeltlichen Erwerb von Medikamenten sowie Kriegsteilnehmern und Personen, die mit Orden und Medaillen für die selbstlose Arbeit in den Kriegsjahren ausgezeichnet worden sind, das Recht für die unentgeltliche Benutzung der innerstädtischen Verkehrsmittel (außer Taxis) zu gewähren;

— die bestehenden Unterschiede bei der Pflege von Kranken in den medizinischen Einrichtungen sowie in ressortmäßigen Sanatorien und Erholungsheimen zu beseitigen;

— die Einschränkungen bei der Auszahlung von Renten an Rentner, die als Arbeiter und Meister tätig sind sowie an alle Invalidenrentner, die in der Volkswirtschaft beschäftigt sind, unabhängig von ihrem Arbeitslohn, aufzuheben.

Konkrete Vorschläge zu diesen Fragen, die Quellen der finanziellen Absicherung eingeschlossen, sind über den Ministerrat der UdSSR dem Obersten Sowjet der UdSSR zur Prüfung im Laufe von drei Monaten vorzulegen.

Zur Verbesserung des gesamten Komplexes der sozialen Lebens- und Arbeitsbedingungen der sowjetischen Menschen verpflichtet der Kongreß den Obersten Sowjet der UdSSR, gemäß dessen Kompetenz folgende Maßnahmen zu verwirklichen:

— die Lösung des Lebensmittelproblems ist auf Grundlage der Durchführung einer modernen Agrarpolitik zu beschleunigen, die eine tiefgreifende Umgestaltung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, eine grundlegende Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Lande, die Festigung der materiellen Basis der Agrar-Industrie-Produktion einschließt;

— das schnelle Anwachsen der Produktion von Konsumgütern und von hochwertigen Dienstleistungen zu gewährleisten und dafür die entsprechenden ökonomischen Strukturen zu schaffen. Zu dieser Arbeit müssen Betriebe der Verteidigungs-, der Schwer- und der Bauindustrie herangezogen werden;

— der Wohnungsbau muß grundlegend erweitert werden, vor allem der genossenschaftliche und individuelle. Die dafür nötigen Kapazitäten der Baugorganisations- und die Finanzressourcen müssen durch die Kürzung im Bereich des Industriebaus bereitgestellt werden. Es sind Maßnahmen zur Festigung der Basis der Bauindustrie und zur Steigerung der Produktion von Baustoffen, zur grundlegenden Verbesserung der architektonischen Gestaltung der Städte und ländlichen Siedlungen, zum Ausbau des vorhandenen Wohnfonds und der Kommunalwirtschaft einzuleiten;

— eine wesentliche Hebung des Niveaus des Gesundheitsschutzes und der Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln zu erreichen. Es müssen zusätzliche Finanzquellen ermittelt werden, die bereitgestellten Ressourcen zur Erweiterung des Netzes von und mit modernen Medikamenten und Medizintechnik ausgestatteten Krankenhäusern und müssen rational genutzt werden, die Herstellung von vorrangigen Waren des Bevölkerungsbedarfs erhalten, der Massensport und Körperkultur sind überall als effektive Mittel zur Gesundheitsfestigung und Verringerung der Erkrankungshäufigkeit zu entwickeln;

— die Möglichkeit der Steigerung des Mindesturlaubs bis auf 24 Arbeitstage und der Beurlaubung zur Pflege der Kinder bis zum Alter von drei Jahren zu prüfen;

— die sozialen, ökonomischen und anderen Bedingungen für Einbeziehung der jungen Leute in eine selbstständige Arbeitstätigkeit und in das gesellschaftlich-politische Leben zu verbessern; die notwendigen Maßnahmen zur finanziellen, rechtlichen und organisatorischen Absicherung der Jugendpolitik des Staates zu erarbeiten und zu verwirklichen. Die Frage über die Lage der Jugend ist vorzubereiten und dem Obersten Sowjet der UdSSR zur Erörterung vorzulegen;

— die Lösung zahlreicher aktueller Probleme, auf die die Frauen stoßen, zu beschleunigen. Es muß ein staatliches Programm zur Verbesserung der Lage der Frauen in der UdSSR erarbeitet werden, die Fragen der Familie, von Mutter und Kind, des Arbeits- und Gesundheitsschutzes für Frauen, die Erleichterung des Alltagslebens und der Führung der Hauswirtschaft miteinschließt;

— die Aufmerksamkeit gegenüber Veteranen des Krieges und der Arbeit, Teilnehmern des Krieges in Afghanistan ist zu verstärken, ihre akuten Probleme sind in erster Linie zu lösen;

— die physische, Arbeits- und soziale Rehabilitation von Invaliden, ihrer allgemeinen und beruflichen Ausbildung, ihren Einbeziehung in das Arbeitsleben bei Erhaltung der bestehenden Vergünstigungen maximal zu unterstützen;

— die Initiativen der Republiken und Arbeitskollektive zu begrüßen, die zusätzliche Vergünstigungen für Frauen, Veteranen der Arbeit und des Krieges und Invaliden aus eigenen Finanzquellen und Fonds abzusichern;

— bis 1990 ist die Erarbeitung eines allgemeinstaatlichen ökologischen Programms abzuschließen und in dieses sowohl dringende, als auch langfristige Maßnahmen zur Gesundung der Umwelt aufzunehmen. Besondere Aufmerksamkeit ist den ökologischen Katastrophenzonen zu schenken. Es ist eine genaue Prüfung der Projekte und die Kontrolle des Baus von Kanälen, Chemiebetrieben und Atomkraftwerken unter Aspekten des Umweltschutzes und unter Berücksichtigung ökonomischer Forderungen abzuschern. Die staatliche Kontrolle über die Nutzung von Naturressourcen ist zu verbessern und ist Offenheit bei Information über den Zustand der Umwelt abzuschern.

Der Kongreß drückt eine erste Besorgnis aus im Zusammenhang mit dem sich nicht vermindern- den Ausmaß der Trunksucht, dem geringen Effekt der gegen Alkoholismus gerichteten Maßnahmen, der Verbreitung von Schwarzbrennerei und Rauschgiftsucht und fordert, gegen diese Erscheinungen entschieden anzukämpfen.

Zu einer der wichtigsten Richtungen der Tätigkeit aller Staatsmacht- und Leitungsorgane sowie der gesellschaftlichen Organisationen muß die konsequente Verwirklichung des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit, die vollständige Behebung von Gleichmacherel werden. Der Kongreß akzeptiert die begründete Lohnsteigerung, die ausschließlich den Ergebnissen und der Qualität der Arbeit entspricht — neben der progressiven Besteuerung der Einnahmen.

Der Kongreß beauftragt den Ministerrat der UdSSR, bis Ende 1989:

— Fragen der Einführung eines neuen Systems der Rentenversicherung durchzuarbeiten, das den Mechanismus der Korrektur der Renten am Ende jedes Jahres unter Berücksichtigung des Lebenshaltungskostenindex enthält, sowie die von den Volksdeputierten der UdSSR über die Verbesserung der Rentenversorgung der einzelnen Kategorien der Bevölkerung eingebrachten Vorschläge;

— ein System der Kompensationsmaßnahmen (Zuschläge, Dotationen für den Kauf von Arzneien, Kinderkleidung usw.) für diejenigen auszuarbeiten, deren Einkommen pro Familienmitglied unter den minimalen Lebenshaltungskosten liegt; ab

1990 jährliche Berechnungen der Lebenshaltungskosten pro Familienmitglied zu organisieren;

— dem Obersten Sowjet der UdSSR eine Analyse des entstandenen Systems der Vergünstigungen und Privilegien zu unterbreiten und maximale Offenheit bei der Lösung jeglicher Fragen zu gewährleisten, die mit Vergünstigungen und Privilegien verbunden sind.

Eine wichtige Bedingung für die Erneuerung der sowjetischen Gesellschaft, ihre Humanisierung und moralische Läuterung sieht der Kongreß in der größtmöglichen Entwicklung der politischen, geistigen und Arbeitskultur, die sich in Wissenschaft, Kunstwerken, Volkstraditionen, den Normen des Alltagsverhaltens verkörpert. Ohne unterschieden die Kultur zu heben und die Offenheit zu vertiefen, können keine konstanten Erfolge bei der Demokratisierung der Gesellschaft, der Entfaltung der Talente der Menschen, der Fähigkeiten und Begabungen erzielt werden.

Der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR gibt seine Treue zu einer solchen Politik und Praxis im Bereich der Kultur bekannt, die die Freiheit des künstlerischen Schaffens, den weitgehenden Zutritt der Werktätigen zu den Errungenschaften der Kultur gewährleisten, und die die geistige Welt des Menschen bereichern.

Der Kongreß erachtet es als notwendig, konsequent die Leninschen Prinzipien der Einstellung zur Kultur, zur schöpferischen Intelligenz zu verwirklichen, die jegliche Fälle des Herumadministrierens ausschließen und ein sorgsames Verhalten zum Erbe der Vergangenheit, zu seinen besten Traditionen, zu den Staatssymbolen und nationalen Heiligtümern zu Norm machen. Zur weiteren Entwicklung der Kultur und der geistigen Erneuerung der Gesellschaft sind der Oberste Sowjet der UdSSR und der Ministerrat der UdSSR zu beauftragen, ein langfristiges Programm auszuarbeiten, in dem Erhaltung und Vermehrung des Kulturpotentials der Gesellschaft, die Heranführung immer breiterer Völkerschichten an die Kulturwerte, die Erneuerung und Schaffung eines modernen Bildung- und Erziehungssystems, die Festigung der materiellen Basis der Kultur-, wissenschaftlichen und Bildungseinrichtungen, des Verlagswesens, die unverzügliche Hebung des Lebensniveaus der niedrigbezahlten Mitarbeiter dieser Sphäre vorgesehen werden. Es ist eine Prioritätszuweisung von Mitteln für soziale und Kulturzwecke zu sichern.

Eine erstrangige Bedeutung unter den gegenwärtigen Verhältnissen erfährt die qualitative Erneuerung des gesamten Bildungs- und Erziehungssystems — der wichtigsten Quelle für die Vergrößerung des intellektuellen Potentials der Gesellschaft. Der Kongreß spricht sich entschieden für die Schaffung eines modernen Bildungssystems, für die Ausstattung mit der Rechen- technik, für die Erhöhung des sozialen Status des Volkslehrers, aller Mitarbeiter des Bildungssystems aus. Neben der Verwirklichung der gesamtstaatlichen Maßnahmen ist es erforderlich, zu der Lösung dieser Fragen Republik- und örtliche Organe, Arbeitskollektive, gesellschaftliche Bewegungen und Wohltätigkeitsfonds heranzuziehen.

III.

Eine erstrangige Bedeutung mißt der Kongreß den grundlegenden Umwandlungen im ökonomischen Bereich bei und sieht sie als die Grundlage der Umgestaltung und den entscheidenden Faktor für die Erlangung ihrer Ziele an. Ohne kardinale Wandlungen in der Ökonomik, in den Eigentumsverhältnissen und im Wirtschaftsmechanismus ist die Erfüllung des vom Kongreß vorgebrachten sozialen Programms unmöglich.

Der Kongreß befürwortet insgesamt die in den Berichten von M. S. Gorbatschow und N. I. Ryschkow dargelegten Vorschläge zur Verbesserung der Volkswirtschaft, zur drastischen Senkung des Haushaltsdefizits, zur Regelung des Geldumlaufs, zur Sättigung des Verbrauchermarktes mit Waren und Dienstleistungen und fordert, unter Berücksichtigung der von den Volksdeputierten eingebrachten Vorschläge, zusätzliche Maßnahmen zur Stabilisierung der ökonomischen Lage des Landes zu ergreifen. Die entsprechenden Vorschläge sind bei der Erörterung des Ständes der Aufgabenerfüllung im Jahr 1989 sowie des Plan- und Haushaltsentwurfs für das Jahr 1990 zur Diskussion zu stellen; sie sind in der Plan- und Haushalts- bzw. in der Finanzkommission des Unionsowjets sowie in anderen Kommissionen der Kamern und Komitees des Obersten Sowjets der UdSSR zu berücksichtigen. Alle Fragen, die mit der Bildung des Einnahmemeils des Budgets und seinen Ausgaben verbunden sind, müssen vom Obersten Sowjet der UdSSR nach deren eingehenden, allseitigen und offenen Diskussion durch die Komitees und Kommissionen angenommen werden.

Es gilt, bei der Lösung der strategischen Fragen der ökonomischen Entwicklung der technischen Umrüstung der Produktion auf der Basis der neuesten Errungenschaften der einheimischen und weltweiten Wissenschaft, der Einführung progressiver Technologien, vor allem der Elektronik, der Informatik und der Biotechnologie eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Der Kongreß hebt die Notwendigkeit einer breiten Entfaltung sowohl der fundamentalen als auch der angewandten Forschungen auf allen Gebieten der wissenschaftlichen Kenntnisse hervor, um Durchbrüche in perspektivischen Richtungen unserer wissenschaftlichen Suche herbeizuführen, die eine Vervollkommnung der gesellschaftlichen Verhältnisse und qualitative Wandlungen in Technik und Technologie gewährleisten.

Uns steht bevor, radikal die Struktur der Volkswirtschaft zu erneuern, die Investitionspolitik von Grund auf zu ändern, die Zahl der gleichzeitig zu errichtenden Objekte rapide zu senken und den Umfang der unvollendeten Bauproduktion am Beginn des dreizehnten Planjahres auf das Normativniveau zu bringen. Der Gesamtumfang der Investitionen für die Produktionsbelange muß wesentlich reduziert werden. Die entsprechenden Kommissionen der Kamern und Komitees des Obersten Sowjets der UdSSR haben den Stand der zu bauenden und zu planenden Großobjekte zu analysieren und deren Zweckmäßigkeit zu bestimmen.

Die Regierung wird beauftragt, (Schluß S. 2)

Auf der ersten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR

Am 26. Juni setzte in Moskau, im Sitzungssaal des Obersten Sowjets der UdSSR, die erste Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR ihre Arbeit fort.

Es fanden zwei getrennte Sitzungen der Kamern statt.

Die Sitzung des Nationalitätenowjets wurde vom Vorsitzenden der Kammer R. N. Nischanow eröffnet.

Den Deputierten wird der Vorschlag, den Deputierten B. I. Olejnik, Poet und Sekretär des Vorstandes des Schriftstellerverbandes der Ukrainischen SSR, zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalitätenowjets zu wählen, zur Erörterung unterbreitet.

Der empfohlene Kandidat beantwortete eine Reihe von Fragen. Die Deputierten wählten durch Abstimmung B. I. Olejnik zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalitätenowjets des Obersten Sowjets der UdSSR.

Fragen der Deputierten beantwortete der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR A. I. Lukjanow. Es wird die Geschäftsordnung der Tagung angenommen. Beschlüsse werden, die Fragen in der Ord-

nung zu behandeln, in der sie in die Tagesordnung der Sitzung aufgenommen worden sind. Die Gesetzentwürfe sollen in der Regel in zwei Lesungen diskutiert werden. Nach der ersten Lesung sind eine Nacharbeit der Entwürfe in den entsprechenden Komitees des Obersten Sowjets der UdSSR, in den Ständigen Kommissionen der Kamern sowie deren Veröffentlichung in der Presse vorgesehen. Die Berichte zu den in die Tagesordnung aufgenommenen Fragen sollen in den gemeinsamen Sitzungen der Kamern entgegengenommen werden, die Erörterung der Fragen wird auf Beschluß der Kamern sowohl in getrennten als auch in gemeinsamen Sitzungen des Nationalitäten- und des Unionsowjets erfolgen.

Es wird die Zusammensetzung der Kommissionen — für Nationalitätenpolitik und zwischenstaatliche Beziehungen; für soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Unions- und autonomen Republiken, der autonomen Gebiete und Nationalbezirke; für Konsumgüter, Handel, kommunale, wirtschaftliche und sonstige Leistungen für die Bevölkerung; für Entwicklung der Kultur, Sprache, der nationalen und inter-

nationalen Traditionen und Schutz des historischen Erbes — bestätigt.

Die Kamern gehen zur Bestätigung der Zusammensetzung der Komitees des Obersten Sowjets der UdSSR über.

Bei der Erörterung der Zusammensetzung des Komitees für Verteidigung und Staatssicherheit wurde der Vorschlag unterbreitet, in das Komitee Vertreter aller Unionsrepubliken aufzunehmen. Der Vorschlag wurde dadurch begründet, daß das Fehlen von Deputierten irgendeiner Unionsrepublik als Vertrauensmangel ihr gegenüber gewertet werden könnte.

Im Zusammenhang damit bemerkte der Vorsitzende R. N. Nischanow, daß manche Vorschläge so klingen, als ob einer dem anderen etwas aufbürde und ein anderer wieder etwas verteidige. Man sollte von solcher einer Position Abstand nehmen. Der Präsidierende forderte alle zur konstruktiven und ruhigen Erörterung auf.

Unter Berücksichtigung der Vorschläge der Redner wird die Zusammensetzung des Komitees des Obersten Sowjets der UdSSR für Verteidigung und Staatssicherheit bestätigt. Es wurde der Beschluß

gefaßt, die Frage der Einführung von Vertretern der Kasachischen SSR und der Litauischen SSR in die Zusammensetzung des Komitees in der gemeinsamen Sitzung der Kamern zu erörtern.

Es wird die Zusammensetzung des Komitees für Gesetzgebung, Gesetzlichkeit und Rechtsordnung bestätigt.

Bestätigt werden auch die Zusammensetzungen der Komitees für die Arbeit der Sowjets der Volksdeputierten, Entwicklung der Leitung und Selbstverwaltung; für die Wirtschaftsreform; für Agrar- und Lebensmittelfragen; für Bauwesen und Architektur; für Wissenschaft, Volksbildung, Kultur und Erziehung; für Gesundheitsschutz des Volkes; für Frauenangelegenheiten; für Familie, Mutter und Kind; für Angelegenheiten der Veteranen und Invaliden; für Angelegenheiten der Jugend; für Ökologie und rationellen Einsatz der Naturressourcen; für Offenheit, für die Rechte und Eingaben von Bürgern. Damit ging die Sitzung des Nationalitätenowjets zu Ende.

Am Abend, dem 26. Juni, fand

die Sitzung des Unionsowjets des Obersten Sowjets der UdSSR statt. Der Kammerpräsident J. M. Primakow schlägt vor, zum Stellvertretenden des Unionsowjets den Deputierten A. A. Moku, den jetzigen Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Moldauischen SSR, zu wählen.

Das Wort zur Beantwortung der Fragen der Deputierten erhält A. A. Moku.

Durch die Stimmenmehrheit ist der Deputierte A. A. Moku zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Unionsowjets des Obersten Sowjets der UdSSR gewählt worden.

Die Deputierten gehen zur Erörterung der Tagesordnung über. Der Präsidierende J. M. Primakow wendet sich an die Deputierten mit einigen Erläuterungen. Die Eintragung des einen oder anderen Gesetzentwurfs in die Tagesordnung zur Behandlung bedeutet gar nicht, daß die gegebene Tagung diesen Entwurf als Gesetz annehmen wird, sagte er. Alle Gesetze müssen nach der entsprechenden Erörterung in den Komitees und Kommissionen verabschiedet und als Regel auf der Tagung in zwei Lesungen erörtert werden. Nach der ersten Lesung ist die Publikation des Entwurfs in der Presse vorgesehen.

Der Präsidierende fordert auf, für Tagesordnung der Tagung abzu-

stimmen, die vom Präsidium des Obersten Sowjets vorgeschlagen wurde.

Durch die Stimmenmehrheit wird die Tagesordnung angenommen. Nach der Vereinbarung mit dem Nationalitätenowjet wird vorgesehen, in sie zusätzlich die Frage der Verabschiedung des Gesetzes über den Durchlauf der Gesetzentwürfe einzubringen.

Die Deputierten beginnen mit der Erörterung der ersten Frage der Tagesordnung, die mit der Bestätigung der Zusammensetzung der Kommissionen des Unionsowjets und der Komitees des Obersten Sowjets der UdSSR verbunden ist. Die Kamern bestätigen die Zusammensetzung der Plan- und Haushalts- und der Finanzkommission; der Kommission für Entwicklung der Industrie, Energie, Technik und Technologie; der Kommission für Transport-, Post- und Fernmeldewesen und Informatik und der Kommission für Arbeit, Preise und soziale Politik.

Die Kamern bestätigen durch die Abstimmung die Zusammensetzung des Komitees des Obersten Sowjets der UdSSR für internationale Angelegenheiten. Unter Berücksichtigung der von den Deputierten des Nationalitätenowjets und des Unionsowjets gestellten Anträge bestätigt die Kamern die Zusammensetzung des Ko-

mittees für Verteidigung und Staatssicherheit, indem sie in dasselbe die Vertreter der Kasachischen und der Litauischen Unionsrepublik einschließen.

Bestätigt werden auch die Zusammensetzungen des Komitees für Gesetzgebung, Gesetzlichkeit und Rechtsordnung; des Komitees für die Arbeit der Sowjets der Volksdeputierten, die Entwicklung der Leitung und Selbstverwaltung; des Komitees für die Wirtschaftsreform; des Komitees für Agrar- und Lebensmittelfragen; des Komitees für Bauwesen und Architektur; des Komitees für Wissenschaft, Volksbildung, Kultur und Erziehung; des Komitees für Gesundheitsschutz des Volkes; des Komitees für Frauenangelegenheiten, für Schutz von Familie, Mutter und Kind; des Komitees für Angelegenheiten der Veteranen und Invaliden; des Komitees für Angelegenheiten der Jugend; des Komitees für Ökologie und rationellen Einsatz der Naturressourcen; des Komitees für Offenheit, für die Rechte und Eingaben von Bürgern.

Somit sind alle Komitees des Obersten Sowjets der UdSSR nun gewählt.

Damit kam die Sitzung des Unionsowjets zum Abschluß. (TASS)

Über die Hauptrichtungen der Innen- und Außenpolitik der UdSSR

(Schluß)

trägt Korrekturen in das Energieversorgungsprogramm der UdSSR vorzunehmen und es zur breiten Diskussion zu stellen.

Es sind zusätzliche Ressourcen für die Entwicklung der Ökonomie und die Lösung der sozialen Aufgaben zu ermitteln auf Kosten der Reduzierung der Rüstungsausgaben bis auf eine vernünftige Suffizienz, der Erhöhung des Nutzeffekts der Weltmarktforschungen und der Nutzung der Raumfahrttechnik in der Volkswirtschaft. Der Ministerrat der UdSSR hat bis Ende des Jahres 1989 ein Konvertierungsprogramm der Rüstungsindustrie auszuarbeiten. Die freigesetzten Kapazitäten und materiellen Ressourcen sind zur Produktion von Massenbedarfsartikeln und den Ausrüstungen für Leichtindustrie, den Agrar-Industrie-Komplex, den Handel, die Gemeinschaftsverpflegung und das Gesundheitswesen zu nutzen. Ein Teil der durch die Reduzierung der Streitkräfte freigesetzten Mittel sind für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Militärangestellten und ihrer Familien aufzuwenden.

Der Kongreß ist tief besorgt über die kolossalen Verluste in der Volkswirtschaft, die zahlreichen Verletzungen der Arbeits- und Produktionsdisziplin, der Arbeitsschutzvorschriften über die himmelschreiende Mißwirtschaft und Verantwortungslosigkeit. Er fordert von der Regierung der UdSSR, von den Staats- und Wirtschaftsorganen entscheidene Maßnahmen zur Unterbindung derartiger Erscheinungen und wendet sich an die Sowjets der Volksdeputierten, die Massenorganisationen und -bewegungen sowie an die Arbeitskollektive mit dem Aufruf, allerorts eine gesamtstaatliche Kampagne des Kampfes gegen Verluste und Mißwirtschaft für die Festigung der Arbeits- und Ausführungsdisziplin zu entfalten.

Der Kongreß erachtet es für notwendig, besondere Aufmerksamkeit der Entwicklung der Landwirtschaft und aller Zweige des Agrar-Industrie-Komplexes zu schenken. Der Oberste Sowjet der UdSSR muß die Gesetzgebung über den Boden und die Bodennutzung wesentlich erneuern. Es ist nötig, besonders zur Übergabe des Bodens in Pacht, darunter in unbefristeter, an diejenigen, die ihn bearbeiten, überzugehen. Die Lösung von Fragen, verbunden mit der Pacht des Bodens, sind den örtlichen Sowjets zu übertragen, und ihre Vollmachten sind gesetzlich zu erweitern. Neben Kolchosen und Sowchosen sind andere mannigfaltige Formen der Wirtschaftsführung — Agrarfirmen, Kooperativen, Pachtkollektive und Bauernwirtschaften — zu entwickeln und Verhältnisse für ihren gleichberechtigten Wettbewerb zu schaffen. Es sind gleichwertige Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie, sowie vorrangige Versorgung der Landwirtschaft mit materiell-technischen Ressourcen zu gewährleisten, die Produktion von Landmaschinen ist unter Berücksichtigung der Änderungen in der Struktur der Landwirtschaft umzugestalten.

Die soziale Basis des Agrarsektors ist zu verstärken. Beliebige Versuche, das Herumadministrieren der Agrarbetriebe sind zu unterbinden. Der Appell der Volksdeputierten der Landwirtschaft an den Kongreß ist zu unterstützen, die Regierung der UdSSR ist zu beauftragen, sofort mit der Realisierung der in diesem Appell aufgeworfenen ureigenen Probleme der Entwicklung des Dorfes zu beginnen.

Der Ministerrat der UdSSR muß ein Experiment zur Förderung der zusätzlichen Lieferung hochwertiger Erzeugnisse durch die Agrarbetriebe durchführen und dabei diese mit Valuta bezahlen, die durch die Reduzierung des Getreide- und Lebensmittelimports erspart bleibt.

Der Oberste Sowjet der UdSSR, seine Komitees und Kommissionen der Kammern sowie der Ministerrat der UdSSR haben mit der Ausarbeitung der Konzeption und der Hauptrichtungen des Fünfjahresplans der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR in den Jahren 1991 bis 1995 für den Zeitraum bis zum Jahr 2005 zu beginnen. Im Laufe dieser Arbeit gilt es, besondere Aufmerksamkeit des ökonomischen Wachstums, der Erreichung einer vollständigen Ausgeglichenheit des Fünfjahresplans, der Erweiterung der Selbständigkeit der Republiken und örtlichen Sowjets, des Sparens von Ressourcen, der Schaffung von Verhältnissen zur vollen und effektiven Beschäftigung der Bevölkerung zu schenken. Man muß auf die Nutzung von Bruttomenge-Kennziffern bei der Planung und Einschätzung der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe und Territorien verzichten.

Der Kongreß erachtet es für notwendig, die radikale Wirtschaftsreform strikt durchzuführen, gegenseitig verbundene Schritte zur Veränderung der Planungsmethoden, der Finanzhebel, der Preise, Steuern, der Bedingungen der Arbeitsentlohnung und der Einführung der territorialen wirtschaftlichen Rechnungsführung zu realisieren. Unter Berücksichtigung der gesammelten Erfahrungen und begangenen Fehler gilt es, die Leitung des Prozesses der Verwirklichung der Reform selbst von Grund auf zu verbessern und ke-

ne Abweichung von ihren Prinzipien zuzulassen. Es ist als notwendig zu erachten, in der Regierung eine Staatskommission für die Wirtschaftsreform zu bilden.

Zwecks einer weiteren Vertiefung der Wirtschaftsreform beauftragt der Kongreß den Obersten Sowjet der UdSSR und den Ministerrat der UdSSR: — die Entwicklung mannigfaltiger Formen des sozialistischen Eigentums zu gewährleisten, die die Ausbeutung des Arbeitenden und seine Entfremdung des Produktionsmittels ausschließen. Es sind gleichberechtigte Verhältnisse für die Entwicklung und den freien Wettbewerb der Eigentumsformen — der gemeinrechtlichen, der örtlichen (kommunalen), der auf Pacht und Anteilprinzipien gründeten genossenschaftlichen (Aktienform), der auf individueller Tätigkeit beruhenden sowie von allerlei Mischformen — zu schaffen und Maßnahmen zur Beseitigung negativer Erscheinungen bei der Entwicklung der Genossenschaftsbewegung zu ergreifen;

— in den nächsten Jahren schrittweise zum Großhandel mit Produktionsmitteln überzugehen, Bedingungen zur Bildung eines sozialistischen Marktes, einschließlich des Effekten- und des Investitionsressourcenmarktes zu schaffen. Es sind die nötigen Maßnahmen zur weitgehenden Entwicklung des ökonomischen Wettbewerbs und des Kampfes gegen monopolistische Erscheinungen einzuleiten;

— festzulegen sind die Richtungen der Lösung des Problems der verlustbringenden und wenigrentablen Betriebe, darunter durch deren Übergabe in Pacht, in genossenschaftliches Eigentum der Arbeitskollektive und manchmal auch durch deren Auflösung; — eine radikale Umgestaltung des Finanzsystems zu verwirklichen, zum System der Zahlungen für die Ressourcen und zur fortschrittlichen Besteuerung des Gewinns (der Einnahmen) überzugehen. Die Rolle der Staatsbank der UdSSR muß festgelegt und ihre Selbständigkeit erhöht werden. Die Gründung von Genossenschafts- und Kommerzbanken, darunter, auch von republikanischen und regionalen ist zu fordern;

— ein Programm der Reduzierung des Exports von Brennstoff, Energie- und Rohstoffressourcen sowie der Veränderung der Struktur des Imports durch die Steigerung der Effektivität der Außenwirtschaftstätigkeit und des schrittweisen Übergangs zur Konvertierbarkeit des Rubels auszuarbeiten und konsequent zu realisieren.

Der Kongreß unterstützt den Kurs auf die größtmögliche Entfaltung der Initiative und Selbständigkeit der Produktionsbetriebe (Vereinigungen) als des Ausgangspunktes der Wirtschaftsreform. Zu gewährleisten sind ihr konsequenter und strikter Übergang auf die volle wirtschaftliche Rechnungsführung sowie die Möglichkeit, ihre unterschiedlichen Modelle zu nutzen und die Entwicklung der Vertrags-, und Pachtbeziehungen sowie der Aktiengesellschaften zu fördern.

Es gilt, größtmöglich die freiwillige Gründung sozialistischer Kerne, zweigübrereifere Vereinigungen, Verbände und anderer Assoziationen zu fördern. Die Entwicklung dieser Formen wird es ermöglichen, die Funktionen der Ministerien radikal zu ändern und deren Zahl fortwährend zu verringern.

In einem System der Wirtschaft, das nicht auf administrativen Anordnungen, sondern auf den gesetzlich geregelten Wirtschaftsmethoden der Leitung beruht, muß die Rolle des Zentrums in der Schaffung von Wirtschafts- und Rechtsbedingungen für eine effektive Wirtschaftstätigkeit auf allen Ebenen, in der Entwicklung der Infrastruktur der ganzen Union, in der Durchführung einer gesamtstaatlichen wissenschaftlich-technischen Finanz- und Steuerpolitik, in der Gewährleistung der sozialen Geborgenheit der Bürger, bestehen. Abzuschließen ist die Einheitheit der Konzeption und der Hauptrichtungen des Fünfjahresplans der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR in den Jahren 1991 bis 1995 für den Zeitraum bis zum Jahr 2005 zu beginnen. Im Laufe dieser Arbeit gilt es, besondere Aufmerksamkeit des ökonomischen Wachstums, der Erreichung einer vollständigen Ausgeglichenheit des Fünfjahresplans, der Erweiterung der Selbständigkeit der Republiken und örtlichen Sowjets, des Sparens von Ressourcen, der Schaffung von Verhältnissen zur vollen und effektiven Beschäftigung der Bevölkerung zu schenken. Man muß auf die Nutzung von Bruttomenge-Kennziffern bei der Planung und Einschätzung der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe und Territorien verzichten.

Der Kongreß erachtet es für notwendig, die radikale Wirtschaftsreform strikt durchzuführen, gegenseitig verbundene Schritte zur Veränderung der Planungsmethoden, der Finanzhebel, der Preise, Steuern, der Bedingungen der Arbeitsentlohnung und der Einführung der territorialen wirtschaftlichen Rechnungsführung zu realisieren. Unter Berücksichtigung der gesammelten Erfahrungen und begangenen Fehler gilt es, die Leitung des Prozesses der Verwirklichung der Reform selbst von Grund auf zu verbessern und ke-

Sozialistischen Sowjetrepubliken — zu beginnen ist, und hat zu diesem Zweck eine Verfassungskommission gebildet. In der neuen Verfassung sind die Grundsätze des humanen und demokratischen Sozialismus zu verkörpern, die sozialökonomischen und politischen Grundlagen des Aufbaus des Sowjetstaates, seinen Leninschen föderativen Aufbau, den vertrags- und verfassungsmäßigen Charakter der Beziehungen zwischen der UdSSR und den Unionsrepubliken, die Entwicklung aller Arten von Autonomen, den hohen Status der Sowjets, die verbrieften Menschenrechte, die Sicherheit und den rechtlichen Schutz der Persönlichkeit zu bestätigen. Die neue Verfassung muß eine solche sozialökonomische und staatliche Struktur in sich verkörpern, die die Entstehung des Personenkults, des Autoritarismus und die Erhaltung der administrativen Weisungsmethoden der Leitung der Göttschaft unmöglich machen würde.

Der Oberste Sowjet der UdSSR ist zu beauftragen, zum ordentlichen Kongreß der Volksdeputierten die nötigen Anträge für Verbesserung der heute geltenden Verfassung der UdSSR unter Berücksichtigung der auf dem Kongreß eingebrachten Vorschläge der Deputierten vorzubereiten.

Der Kongreß erklärt seine Entschlossenheit, die Vorherrschaft des Gesetzes in allen Bereichen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens sowie die Gleichheit ausnahmslos aller Bürger, Amtspersonen und Organisationen vor dem Gesetz durchzusetzen. Alle Bürger sind für ihre Handlungen vor dem Gesetz verantwortlich. Aber auch der Staat muß in der Person seiner Organe und Amtsperson für seine Taten und Amtspflichten vor dem Gesetz und vor dem ganzen Sowjetvolk verantwortlich sein. In der sozialpolitischen und ökonomischen Tätigkeit der Bürger, Massenorganisationen, Kooperativen und Produktionsbetriebe muß das Prinzip „Es ist alles erlaubt, außer was vom Gesetz verboten ist“ konsequent durchgesetzt werden.

Die Hauptwege der Tätigkeit der Staatsorgane und Amtspersonen müssen strikt durch Gesetze geregelt werden. Die rechtswidrigen Einzel- oder Kollektivhandlungen beliebiger Amtspersonen, die die Rechte der Bürger schmälern, können vor Gericht gebracht werden. Das Gesetz ist das Fundament eines Rechtsstaates, der Verteidiger der Freiheit und Gleichheit der Bürger, der Ordnung und Organisationsfähigkeit in der Gesellschaft und der Garant der Einhaltung des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit.

Der Kongreß geht von der Anerkennung der verbrieften Rechte des Menschen auf Leben, Freiheit, Unantastbarkeit und Sicherheit der Persönlichkeit und der Wohnung sowie der Rechte der Völker auf Selbstbestimmung aus. Eine beliebige Einengung der Rechte des Menschen und der Völker ist unzulässig. Das sowjetische Gesetzgebungssystem, das Gericht, die Rechtsschutzorgane sind berufen, diese Rechte streng zu realisieren und zu verteidigen. Sich auf die internationalen Normen und Prinzipien stützend, darunter auf diejenigen, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Schlussakte von Helsinki und den Vereinbarungen des Wiener Treffens enthalten sind, und die innere Gesetzgebung mit ihnen in Einklang bringend, wird die UdSSR zur Bildung einer Weltgemeinschaft von Rechtsstaaten beitragen.

Der Kongreß stellt fest, daß er laut der geltenden Verfassung der UdSSR bevollmächtigt ist, eine jegliche Frage, die der Kompetenz der UdSSR zugeordnet ist, zu erörtern und zu lösen. Der Kongreß ist zugleich der Ansicht, daß die Hauptmenge der gesetzgebenden Akten von dem ständig wirkenden Obersten Sowjet der UdSSR unter aktiver Teilnahme seiner Komitees und der Kommissionen der Kammern vorbereitet, erörtert und angenommen werden muß, gemäß der exakt ausgearbeiteten demokratischen Prozedur, die Offenheit, öffentliche Erörterung und die Unterbreitung von alternativen Vorschläge vorstelt.

Der Kongreß beauftragt den Obersten Sowjet der UdSSR, zum nächsten Kongreß Vorschläge über die Reihenfolge der jährlichen Erneuerung des Bestandes des Obersten Sowjets der UdSSR auszuarbeiten.

Der Kongreß beauftragt den Obersten Sowjet der UdSSR, zum Beginn des Jahres 1990 Gesetzgebungsakten vorzubereiten, in denen das Prinzip der Machtvollkommenheit der Sowjets im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebensbereich sowie Maßnahmen zur Behebung von Ressortgeist und lokaler Engstirnigkeit konsequent und konkret zum Ausdruck kommen sollen. Die Rekonstruktion der Sowjets der Volksdeputierten auf allen Ebenen, die Demokratisierung der Methoden ihrer Tätigkeit, der größtmögliche Ausbau ihrer Rechte und Vollmachten, die strikte Unterstellung des Exekutivapparates denselben sind unentbehrliche Bedingungen für die Rückgabe der Macht an die Sowjets. Die Regelungen der UdSSR, der Unions- und autonomen Republiken müssen in vollem Maße mit der Arbeit zur Vorbereitung der neuen Verfassung — des Grundgesetzes der Union der

wjets — rechenchaftspflichtig und vor ihnen verantwortlich sein. Die Leitung aller örtlichen Angelegenheiten muß nach Prinzipien der Selbstverwaltung verwirklicht werden unter maximaler Entwicklung der Initiative der Bürger und Erhöhung der Rolle der gesellschaftlichen Organisationen und demokratischen Bewegungen. Zur erfolgreichen Lösung dieser Aufgaben müssen die bevorstehenden Wahlen zu den Republik- und örtlichen Machtragern beitragen, deren Vollmachten Ende Februar 1990 erlöschen.

Man muß die verfassungsmäßigen Garantien der konstruktiven Entwicklung des demokratischen Prozesses im Lande festigen, das Wahlsystem konsequent demokratisieren, bei der Ausarbeitung der Republikwahlgesetze die Erfahrung der vergangenen Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR umfassender berücksichtigen.

Eine genauso vordringliche Aufgabe auf dem Gebiet der Gesetzgebung ist die rechtliche Absicherung der Wirtschaftsreform. Der Kongreß beauftragt den Obersten Sowjet der UdSSR, ein einheitliches Gesetz über den sozialistischen Betrieb auszuarbeiten sowie die Vorbereitung des Gesetzes über die Pacht und die Pachtverhältnisse, über das einheitliche Steuersystem, die wirtschaftliche Rechnungsführung der Republik und Selbstfinanzierung in der örtlichen Wirtschaft zu beschleunigen. Der Oberste Sowjet der UdSSR, das Komitee für die Fragen der Wirtschaftsreform und die entsprechenden Kommissionen der Kammern sind zu beauftragen, die Vorschläge der Republiken in Fragen der Erweiterung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit sowie die in Form der Gesetzesinitiative gestellten Anträge der Obersten Sowjets der Litauschen und der Estnischen SSR betreffs des Übergangs dieser Republiken zur wirtschaftlichen Rechnungsführung ab 1990 zu prüfen.

Es ist erforderlich, in nächster Zeit die Tätigkeit der Massenmedien, der gesellschaftlichen Organisationen, Vereinigungen und Assoziationen gesetzlich zu regeln. Es gilt, das Gesetz über die Gewissensfreiheit und die religiöse Organisationen auszuarbeiten und zu verabschieden.

Der Kongreß hält es für notwendig, die Rechtsordnung im Lande größtmöglich zu festigen. Die demokratische Entwicklung kann sowohl durch die administrative Willkür, die Einschränkung der Freiheit der Willensäußerung des Volkes als auch durch die Unterschlebung einer solchen Willensäußerung durch die Gewalt und Willkür der Extremisten untergraben werden.

Der Kongreß setzt den Artikel 11 außer Kraft und erachtet es für notwendig, die Fassung des Artikels 7 zu präzisieren, die im Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 8. April 1989 enthalten sind, sowie den Obersten Sowjet der UdSSR zu beauftragen, die Frage der Übereinstimmung der Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über die Durchführung von Meetings und Demonstrationen und über die Rechte und Pflichten der Truppen des Innenministeriums der UdSSR mit der Verfassung der UdSSR zu erörtern.

Der Kongreß fordert, daß der Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität, Diebstahl und Bestechlichkeit konsequent fortgesetzt und verstärkt wird und so diese schändlichen Erscheinungen auf allen Ebenen mit der Wurzel beseitigt werden, indem man die Ursachen dafür liquidiert. Der Ministerrat der UdSSR muß ein unionsweites Programm zum Kampf gegen Kriminalität erarbeiten und es dem Obersten Sowjet der UdSSR vorlegen. Der Staat ist verpflichtet, die Sicherheit der Bürger vor Anschlügen auf ihr Leben, ihre Gesundheit, ihre Ehre und ihren Besitz zu garantieren und alle notwendigen Maßnahmen zur Steigerung und Festigung der materiell-technischen Ausrüstung der Gerichte, der Organe der Staatsanwaltschaft, der Untersuchungsorgane, der Miliz sowie zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Mitarbeiter einzuleiten.

Einer der wichtigsten Punkte der zu erwartenden Gerichts- und Rechtsreform muß die entschiedene Festigung der Unabhängigkeit der Gerichte und die Steigerung der Effektivität der Ermittlungen und deren Herausführung aus der Sphäre jeglicher ressortgebundener Einflüsse sein. Nicht ein einziger Verbrecher darf seiner gerechten Strafe entgehen und nicht ein einziger Mensch darf schuldlos verurteilt werden. Nur eine vollwertige Verteidigung der gesetzlichen Rechte der Bürger in allen Stadien eines Strafverfahrensprozesses, einschließlich der Zulassung des Advokaten schon vom Beginn der Ermittlung an, kann die Lösung dieser Frage gewährleisten. Objektive Untersuchungsführung, starke Verteidigung und unabhängiges Gericht — das ist die dreieinige Formel der sozialistischen Rechtsprechung. Der Kongreß beauftragt den Obersten Sowjet der UdSSR, die Durchführung der Rechtsreform bis zur Mitte nächsten Jahres abzuschließen, um ein wirklich unabhängiges und autoritäres Rechtssystem zu schaffen und dabei die Möglichkeit der Ausnutzung einer solchen demokratischen Form der Gerichtsordnung zu erwägen, wie es das Geschworenengericht ist. Das Rechtssystem der Unionsrepubliken muß unter Berücksichtigung

ihrer politischen, rechtlichen und kulturellen Traditionen und unter Einhaltung aller Prinzipien der demokratischen Rechtsprechung aufgebaut werden.

V.

Der Kongreß richtet besondere Aufmerksamkeit auf die Nationalitätenfrage, auf den gegenwärtigen Stand der zwischenationalen Beziehungen, der herangeleiteten prinzipiellen Erneuerung der Nationalitätenpolitik und der Schaffung eines politischen Mechanismus, der ein vernünftiges und gerechtes Herangehen an die Fragen der zwischenationalen Beziehungen zu sichern fähig wäre. Die föderative Formation unseres multinationalen Staates muß politischen und ökonomischen Inhalt bekommen. Wir sind verpflichtet, die nationalen Beziehungen vollständig — zu sanieren und sie von allem zu befreien, was unserer Moral und Ideologie, der humanen Grundlagen des Sozialismus widerspricht.

Die Kompetenz der Union der SSR und die Rechte der Autonomen bedürfen einer modernen und exakten juristischen Definition. Das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung, das von Lenin als der Grundpfeiler der freiwilligen Vereinigung der Republiken zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken aufgestellt wurde, muß in seiner ursprünglichen Bedeutung wiederhergestellt und mit den entsprechenden demokratischen rechtlichen Garantien ausgestattet werden.

Der Kongreß erklärt: Bei der Gründung des in einem Rechtsstaat notwendigen juristischen Mechanismus der Verteidigung der souveränen Rechte der Republiken muß von den Realitäten der Gegenwart ausgegangen werden. Die Ökonomie, die Demographie, die soziale und nationale Struktur aller Republiken haben sich verändert, das nationale Selbstbewußtsein ist gewachsen, es sind neue Bedürfnisse im geistigen Leben entstanden. Das alles fordert die Festigung der politischen Garantien, die ein vernünftiges und gerechtes Herangehen an die Fragen der zwischenationalen Beziehungen, die allseitig freie Entwicklung aller sowjetischen Nationen und Völkerschaften, im Rahmen des föderativen Unionsstaates, ein vollwertiges Leben der Nationalitäten und ein Aufblühen der Kulturen gewährleisten muß.

Der Kongreß stellt an die Machtragere im Zentrum und an der Basis die Forderung, eine gegenseitig annehmbare Lösung der Nationalitätenprobleme zu finden, die als ein weiteres schweres Erbe aus der Zeit der Willkür und Gesetzlosigkeit auf uns gekommen sind. Für einige Nationalitäten und Völkerschaften ist die Gerechtigkeit bis zum heutigen Tag noch nicht wiederhergestellt worden. Der Kongreß ist sich der Kompliziertheit der Situation, ihrer Spezifik in den einzelnen Republiken und Regionen bewußt und kommt nicht umhin, hier seinen festen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen: Im Zuge der neuen, in Übereinstimmung mit dem gegenwärtigen Beschluß erarbeitenden, Nationalitätenpolitik muß in kürzester Frist auf demokratischem Weg eine Lösung gefunden werden. Der Kongreß beauftragt den Nationalitätensohwjet des Obersten Sowjets der UdSSR, gemeinsam mit den Obersten Sowjets der entsprechenden Republiken die auf dem Kongreß angesprochenen Fragen der Wiederherstellung der Rechte der Wolgadeutschen, der Krimitaren, der Mesched-Türken, der Entwicklung der kleinen Völkerschaften zu untersuchen und Vorschläge einzubringen. Die Kommissionen für Nationalitätenpolitik und für zwischenationalen Beziehungen des Nationalitätensohwjets müssen die Sachlage im Autonomen Gebiet Nagorny Karabach prüfen und über die Resultate dem Obersten Sowjet der UdSSR berichten.

Der Kongreß erachtet für notwendig: — im Bereich der Politik — strikte Einhaltung und bedeutende Erweiterung der Rechte der autonomen und Unionsrepubliken bzw. anderer nationaler Gebilde; Verstärkung der Selbständigkeit und Verantwortlichkeit der örtlichen und Republikorgane. All das ist als erster Schritt zu betrachten. Wir müssen konsequent die Realisierung des Prinzips anstreben, daß die Unionsrepublik auf ihrem Territorium selbständig die Staatsmacht ausübt und alle Fragen löst, die nicht in die Kompetenz der UdSSR gegeben worden sind.

Die Verfassungsbestimmung, demgemäß zur Kompetenz der Union die Festigung der Grundlagen und allgemeinen Prinzipien der Gesetzgebung gehört und die Verabschiedung von Gesetzen im mittelbaren Geltungsbereich ein Prerogative der Republik ist, muß als eines der Ausgangsprinzipien des Funktionierens eines Bundesstaates eingehalten werden. Die Verfassungsreform der Union ist berufen, die brennenden nationalen Fragen solcherart zu lösen, daß die Rechtsgrundlagen einer autonomen demokratischen Gesellschaft geschaffen wird, wo jeder Nation eine Entwicklung garantiert wird, die ihren historischen, kulturellen und anderen Besonderheiten am besten entspricht;

— in der Wirtschaft — Vervollkommnung der Beziehungen zwischen der Union und den Republiken auf Grundlage der organischen Verbindung ihrer ökonomischen Selbständigkeit unter aktiver Teilnahme an der landeswe-

ten Arbeitsteilung. Gerade so gilt es die Regelung des einheitlichen Volkswirtschaftskomplexes des Landes umzugestalten, die Umgestaltung der Republiken, Regionen und Gebiete auf Selbstverwaltung und Eigenfinanzierung organisch in den allgemeinen Prozeß der Erneuerung unserer Ökonomie einbeziehend. Alle Nationen und Völkerschaften müssen die Möglichkeit besitzen, ihre souveränen wirtschaftlichen, sozialen und andere Interessen in vollem Maße zum Ausdruck zu bringen und zu realisieren, sie gegenseitig auf gleichberechtigter Grundlage zu harmonischen Entwicklung der Volkswirtschaft der Regionen und des ganzen Landes zu koordinieren;

— im geistigen Leben — Anerkennung des größten sozialen und historischen Wertes der gesamten Vielfalt der nationalen Kulturen. Sie sind ein Eigentum nicht nur unseres Landes, sie sind ein Bestandteil des geistigen Erbes der Menschheit, und der Kongreß akzentuiert die Notwendigkeit eines gleich behutsamen Verhaltens zu den Kulturen aller Sowjetvölker, sowohl der großen als auch der kleineren, bzw. der Entwicklung und Bereicherung der Nationalsprachen.

Der Kongreß verweist auf die Notwendigkeit, Rechtsformen der Lösung von Kollisionen zu schaffen, die in den zwischenationalen Beziehungen entstehen können und auch entstehen. Angesichts der Kompliziertheit solcher Kollisionen, die die feinsten Menschengefühle berühren, ermahnt der Kongreß die Vertreter aller Nationen und Völkerschaften zu Einvernehmen und zur Güte, zu Ausdauer und Geduld. Wir müssen alle gemeinsam die gegenseitigen Rechte und Interessen wahren und achten, damit Gewalt bei der Lösung nationaler Probleme für immer ausgeschlossen und die demokratische Entwicklung des gesamten multinationalen Sowjetvolkes gewährleistet wird.

VI.

Der Kongreß der Volksdeputierten billigt und schätzt hoch die internationale Tätigkeit des Sowjetstaates in den Jahren der Umgestaltung.

Verzicht auf dogmatische Auffassungen, realistische Herangehen an verschiedene Erscheinungen und Prozesse des internationalen Lebens, Rückgabe der eingebüßten Bedeutung an die gesamt menschlichen Werte, Entideologisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen, organische Wiedervereinigung der auf den Schutz der Interessen des Landes gerichteten Politik mit der Moral — all das sind charakteristische Züge des neuen Denkens, demgemäß eine durchgreifende Veränderung des außenpolitischen Kurses der UdSSR eingetreten ist. Heute beruht er fest auf den historischen Schlußfolgerungen des XXVII. Parteitag der KPdSU über die Todesgefahr des Weltfriedens für die Existenz der Menschheit, über die Einheitlichkeit und wachsende gegenseitige Abhängigkeit der Welt von heute, über das unveräußerliche Recht der Völker auf die Freiheit ihrer sozialpolitischen Wahl.

Der Kongreß stellt fest, daß die internationale Spannung in den Jahren der Umgestaltung dank der Verwirklichung der Prinzipien des neuen politischen Denkens bedeutend nachgelassen und die Reduzierung der Kernwaffen bzw. der Stärke der sowjetischen Truppen in den Verbündetenstaaten eingesetzt hat. Der wichtigste außenpolitische Schritt der letzten Jahre ist der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Der Kongreß richtet an die Parlamente und die Weltöffentlichkeit den Aufruf, größtmöglich zur Rückkehr der sowjetischen Soldaten und Offiziere beizutragen, die vom afghanischen Krieg nicht heimgekehrt sind und in der Fremde schmachten.

Zugleich stellt der Kongreß fest, daß bis jetzt sich noch keine Garantien für die Unumkehrbarkeit der eingetretenen positiven Wandlungen auf dem Gebiet der Abrüstung und der vertrauensbildenden Maßnahmen herausgebildet haben. Unter diesen Verhältnissen ist die Sicherung einer zuverlässigen Verteidigung des Landes eine der wichtigsten Funktionen unseres Staates. Der Kongreß äußert sich für eine weitere qualitative Entwicklung der Sowjetarmee gemäß den geltenden Prinzipien ihrer Bildung. Es gilt, auch weiterhin für die Sowjetarmee zu sorgen, die im Geiste des Patriotismus erzogen, mit dem ganzen Sowjetvolk eng verbunden ist und seinen Interessen treu bleibt.

Der Kongreß begrüßt die Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen als ein Ereignis von weltweiter Bedeutung. Er spricht sich für die weitere Entwicklung der gleichberechtigten und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit mit allen sozialistischen Ländern aus. Er beauftragt die Regierung der UdSSR, eine weitere Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen der wichtigsten bei der Einstellung des Wettrüstens und der Festigung des Weltfriedens anzustreben, eine noch aktivere sowjetische Teilnahme am Bau des „gesamt-europäischen Hauses“ die Fortführung der Wladivostoker Linie in der asiatisch-pazifischen Region zu gewährleisten, dabei eine besondere Beachtung den freundschaftlichen Beziehungen zu Indien schenkend, die ersprießlichen Kontakte mit

Lateinamerika und Afrika zu entwickeln, gute Nachbarschaft mit allen Grenzstaaten zu festigen.

Der Kongreß ist der Ansicht, daß der durch die Umgestaltung ins Leben geführte Kurs der Sowjetunion auch weiterhin auf folgenden Prinzipien zu entwickeln ist:

— die Sicherheit des Landes ist vor allem durch politische Mittel als Bestandteil der allgemeinen und gleichen Sicherheit, im Prozeß der Entmilitarisierung, Demokratisierung und Humanisierung der internationalen Beziehungen zu gewährleisten, gestützt auf die Autorität und die Möglichkeit der UNO;

— die Kernwaffen müssen im Verlaufe des Verhandlungsprozesses liquidiert werden, der auf die Abrüstung und die Reduzierung des Verteidigungspotentials des Staates bis auf eine vernünftige Suffizienz orientiert ist; — unzulässig sind die Gewaltanwendung und Gewaltandrohung zwecks Erreichung gewisser politischer, ökonomischer oder anderer Ziele; unerlässlich in den Beziehungen zu anderen Ländern ist die Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität;

— nicht Konfrontationen, sondern Dialog und Verhandlungen mit Orientierung auf die Interessenbilanz sind als das einzige Verfahren der Lösung internationaler Probleme bzw. der Regelung von Konflikten zu betrachten;

— die Einbeziehung der sowjetischen Ökonomie in die Weltwirtschaft sieht unsere aktive Teilnahme an der heutigen internationalen Arbeitsteilung, am wissenschaftlichen und technischen Austausch, am Welthandel und an der Zusammenarbeit mit allen voraus, die dazu bereit sind;

Der Kongreß schenkt besondere Aufmerksamkeit der Notwendigkeit, zuverlässige Garantien zu schaffen, die fähig wären, in der Zukunft völlig die undemokratische und geheime Annahme von außenpolitischen Beschlüssen auszuschließen, die von lebenswichtiger Bedeutung für das Land und seine Völker sind. Von nun an müssen solche Beschlüsse erst nach ihrer Erörterung im Obersten Sowjet der UdSSR, in seinen Komitees und Kommissionen der Kammern gefaßt werden, und die größten z. B., die mit den Bündnisbeziehungen und dem Abschluß der wichtigsten Verträge verbundenen, werden dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR zur Erörterung vorgelegt. Der Kongreß beauftragt den Obersten Sowjet der UdSSR, eine politische Bewertung des seinerzeit gefaßten Beschlusses, Afghanistan mit sowjetischen Truppen zu besetzen, auszuarbeiten und sie auf dem zweiten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR mitzuteilen. Die Herausbildung und die Durchführung der Außenpolitik des Sowjetstaates müssen unter der Kontrolle des Volkes stehen.

Der Kongreß erklärt der ganzen Welt: Der auf dem neuen Denken beruhende außenpolitische Kurs der UdSSR hat einen fundamentalen, unvergänglichen Charakter. Das ist keine taktische Methode, keine Zickacklinie und keine Konzession gegenüber jemandem, wer es auch sein mag, sondern eine tief begründete strategische Linie, die die Interessen des Sowjetvolkes ausdrückt und den Interessen der ganzen Menschheit entspricht. Der Kongreß bestätigt nochmals die allgemeine Unterstützung dieses Kurses und spricht sich entschieden für seine weitere aktive Verwirklichung aus.

Der Kongreß wendet sich an alle Bürger des Landes: Mitbürger! Vor Ihren Augen und unter Ihrer Beteiligung haben wir Volksdeputierten die Probleme der Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft erörtert. Wir haben uns davon überzeugt, wie ernst diese Probleme sind und welche Anstrengungen sie von uns allen fordern werden. Wir haben uns auch davon überzeugt, wie groß unsere gemeinsame Entschlossenheit ist, die Schwierigkeiten zu überwinden und unser Vaterland zu den modernen Zielmarken der sozialen und ökonomischen Entwicklung zu führen. An unserer Statt wird das niemand tun. Das ist unser Land, unser Boden und unser sozialistisches Vaterland.

Mögen unsere Interessen verschieden sein und unsere Meinungen nicht in allem übereinstimmen. Aber wir einigen uns soweit, daß nur die revolutionäre Umgestaltung zum erneuten, humanen und demokratischen Sozialismus zu führen vermag, der in all seinen Punkten auf den Menschen orientiert ist. Eine solche Gesellschaft wird durch ihre Selbständigkeit und das Schaffen der Massen stark sein und wird ihnen dabei einen unbegrenzten Spielraum eröffnen. Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir sehen die ganze Wichtigkeit der konsolidierenden Rolle der Kommunistischen Partei der Sowjetunion als führende Partei und als politische Avantgarde der Gesellschaft ein. Sie hat die Umgestaltung eingeleitet und ist ihr Garant. Nur sie kann, sich erneuernd und vervollkommnend, die Bewegung zur Realisierung der Erwartungen des Volkes anleiten.

Der erste Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR ruft auf: Stärken wir unseren Willen, vervielfachen wir unsere Bemühungen und bringen wir die Umgestaltung energischer voran, um besser zu leben und besser zu werden!



PANORAMA

In den Bruderländern

Getreidemahd hat begonnen

BUDAPEST. Im Südwesten Ungarns haben landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und Staatsgüter mit der Ernte von Wintergerste begonnen. Auf 9 200 Hektar wird im Bezirk Baranya Futtergerste eingebracht, wobei die Bauern mit einem Hektarertrag von rund 50 Dezitonnen rechnen. Der durch anhaltende Niederschläge hervorgerufene hohe Feuchtigkeitsgehalt der Körner hat die Erwartungen auf eine Rekordernte gedämpft. In Ungarn sind in den nächsten Wochen von 1,7 Millionen

Hektar Weizen, Roggen, Gerste und Hafer zu ernten. Den größten Teil macht der Weizen mit 1,2 Millionen Hektar aus, dessen Ernte gewöhnlich Anfang Juli beginnt und binnen zwölf bis 13 Tagen abgeschlossen sein soll. Obgleich 40 000 Hektar weniger als geplant bestellt wurden, rechnet das Landwirtschaftsministerium angesichts der guten Bestände bei einem Durchschnittsertrag von 50 Dezitonnen mit der vorgesehenen Menge. Für die Getreideernte stehen 11 000 Kombinate bereit.

Zuckerwirtschaft erholt sich

HAVANNA. In Kuba ist mit der kürzlich beendeten Zuckerrohrkampagne (Zafra) die viertgrößte Ernte in der Geschichte des wichtigsten Wirtschaftszweiges des Landes eingebracht worden. Die 156 Zuckerfabriken erzeugten 8,124 Millionen Tonnen. Damit überboten sie den Staatsplan um 24 000 Tonnen und näherten sich bis auf rund 400 000 Tonnen dem Rekordergebnis von 1970. Der durch wüdrige Witterung und wirtschaftliche Fehler in den vergangenen Jahren verursachte Produktionsabfall konnte gestoppt und so wieder annähernd das Niveau der Saison 1983/84 erreicht werden.

Das von der KP Kubas gestellte Ziel, eine Million Tonnen Zucker mehr als in der vergangenen Zafra zu erzeugen, wurde jedoch nur zu zwei Dritteln erfüllt. Nach Angaben des Zuckerministeriums verminderte hauptsächlich die mehrere Wochen früher als üblich einsetzende Regenzeit ein besseres Ergebnis. Starke Niederschläge behinderten die Erntearbeiten und den kontinuierlichen Transport des Rohrs zu den Fabriken. Statt der vorgesehenen 70 Prozent konnte man so nur 68 Prozent des Rohrs mit modernen Kombines bergen.

Ungeachtet dieser Probleme war diese Zafra wohl die bisher wirtschaftlichste.



Namibia: Auf dem Weg zur Unabhängigkeit

Heute gleicht Namibia einem aufgeschreckten Bienenschwarm. Die Bevölkerung interessiert sich jetzt für Politik. Immer häufiger veranstaltet sie Kundgebungen, um ihre Unterstützung der jeweiligen Partei oder Koalition kundzugeben. Aus einer Entfernung von über 1 000 Kilometern kommen manchmal Vertreter zahlreicher Stämme nach Windhoek, um ihr Verhalten gegenüber der SWAPO, der einzigen politischen Organisation der

Stammbevölkerung zum Ausdruck zu bringen, die viele Jahre lang den bewaffneten Kampf gegen die Kolonialisten führte. Bürger, die früher gezwungen waren, außerhalb ihres Landes zu leben, kehren in die Heimat zurück.

Unser Bild: Eine Stimme zur Unterstützung der SWAPO, Kundgebung am Rande von Windhoek.

Foto: TASS

Voraussetzungen für Vertrauen

Der 25. Juni wurde zu einem höchst bedeutsamen Datum für die Beziehungen zwischen dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. An diesem Tag haben beide Organisationen vor einem Jahr in Luxemburg die gemeinsame Erklärung über die Aufnahme offizieller Beziehungen feierlich unterzeichnet und damit die gegenseitige Anerkennung und die Entwicklung von Zusammenarbeit beschlossen. Der Schreiber dieser Zeilen war Zeuge dieses Akts, an dem bevollmächtigte Delegationen des RGW und der EWG, die Außenminister der Mitgliedsländer der EWG und die Botschafter sozialistischer Länder in Belgien und Luxemburg teilnahmen. Sprecher beider Seiten brachten nicht nur tiefe Befriedigung über die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden internationalen Wirtschaftsorganisationen, sondern auch die Gewißheit zum Ausdruck, daß dieses Ereignis dem Frieden auf dem Kontinent dienen und den Interessen aller europäischen Völker entsprechen wird.

In der Tat, die Bedeutung dieses Dokuments kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es schuf die juristische Basis für eine parallele Entwicklung der Beziehungen zwischen dem RGW und der EWG und zwischen den einzelnen Mitgliedsländern des RGW und der Europäischen Gemeinschaft andererseits. In dem seit der Unterzeichnung der Erklärung vergangenen Jahr wurde eine Reihe wesentlicher Schritte zur Realisierung der in der verankerten Prinzipien getan. Zwar machte sich in der Verhaltensweise der EG-Führung eine Zeilang ein Abrücken vom Prinzip der Parallellität bei der Herstellung von Beziehungen mit dem RGW insgesamt und mit dessen einzelnen Mitgliedern deutlich bemerkbar. Doch inzwischen sind Anzeichen dafür zu erkennen, daß die Gemeinschaft im Begriff ist, ihr Verhältnis unmittelbar zum RGW demnächst über den toten Punkt hinwegzubringen.

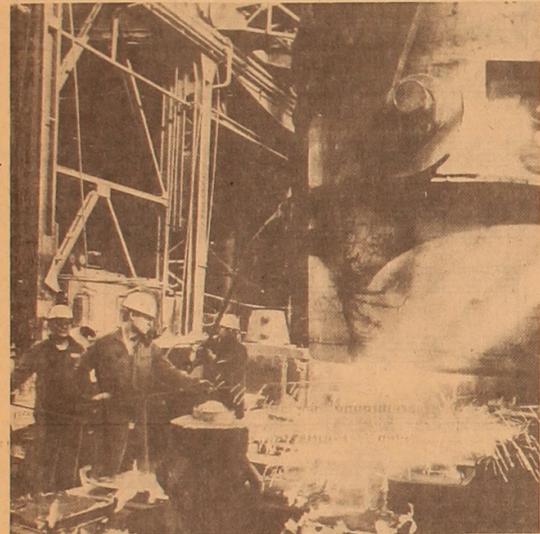
gen. Auf einem Expertentreffen beider Organisationen Ende April in Moskau wurde bereits konkret über die Richtungen und Formen der Zusammenarbeit gesprochen und ein gewisses Einvernehmen erzielt.

Was den RGW betrifft, so bestehen auf seiner Seite keinerlei prinzipielle Hindernisse für ein umfassendes wirtschaftliches Zusammenwirken mit der EG. Ihre Politik der wirtschaftlichen Öffnung sehen die RGW-Mitglieder im Zusammenhang mit dem Problem der gemeinsamen und allgemeinen Sicherheit. In dieser Hinsicht dürften beide Organisationen füreinander unentbehrlich sein.

Die sozialistischen Staaten bemühen sich um neuartige und zuverlässige Beziehungen, legen die Perspektive fest und bauen auf diese Perspektive. Ohne die Bedeutung des Handels zu unterschätzen, setzen sie sich für umfassende und vielfältige Formen der Zusammenarbeit ein. Dazu gehören Kooperationsbeziehungen, das Zusammenwirken von Forschungskollektiven, Joint Ventures und anderes mehr. Ohne ein stabiles ökonomisches Fundament stelle man sich im RGW ein „gesamteuropäisches Haus“ nicht vor. Denn eine gerechtfertigte wechselseitige ökonomische Abhängigkeit macht die Politik kalkulierbarer. Dies eröffnet reale Möglichkeiten für friedliche Entwicklung und gedeihliche Zusammenarbeit in Europa. Andererseits wird vieles in der ganzen Welt davon abhängen, wie sich die Prozesse auf dem europäischen Kontinent gestalten.

Heute kann konstatiert werden, daß die gemeinsame Erklärung RGW-EWG solide politische Voraussetzungen für wachsendes gegenseitiges Vertrauen zwischen beiden Organisationen und die Basis für vor sichtliche Schritte der Seiten zu beiderseitig zuverlässiger vielfältiger und großangelegter Zusammenarbeit geschaffen hat.

Albert BALEBANOW, TASS-Kommentator



Jubiläum der Hüttenwerker in Kladno

CSSR. Das Hüttenkombinat „Poldi“ in Kladno beging sein 100jähriges Jubiläum. Die Hauptaufgaben des Betriebskollektivs im laufenden Planjahr (1986 bis 1990) sind die Erreichung eines weiteren

Wachstums der Produktion hochwertigen Stahls für die Wirtschaft des Landes und die Steigerung der Arbeitseffektivität.

Unser Bild: In einer Produktionsabteilung des Hüttenkombinats Kladno.

Foto: TASS

Kühlhäuser aus der DDR

Bei der Realisierung ihres umfangreichen Programms zur Verbesserung des Lebensmittelaangebots hat die UdSSR zahlreiche Kombinate und Betriebe in der DDR zum Partner.

Ein Beispiel der gegenseitigen, fruchtbringenden Zusammenarbeit ist die Lieferung von Kühlhäusern für Obst, Gemüse und Kartoffeln aus der DDR in alle Klimazonen. Grundlage dafür ist ein Regierungsabkommen vom Dezember 1983. Träger dieses Abkommens sind das DDR-Ministerium für Bauwesen und seitens der UdSSR die Vereinigung Gosagroprom.

Kürzlich erfolgte im Metallleichtbaukombinat, Werk Niesky, das als Generallieferant in der DDR mit insgesamt 44 Partnern kooperiert, die Übergabe des 150. Kühlhauses. Das Jubiläumshaus ist für die Stadt Belgard bestimmt. Im Besonderen Fachleute wurde für dieses Lagerhaus, das wie seine Vorgänger 1 000 Tonnen Lagergut faßt, der letzte Eisenbahnwaggon auf die Reise geschickt. Für den Transport eines Kühl-

hauses benötigt allein das Werk Niesky 19 Waggons, die von der Oberlausitz aus ihren Weg per Schiene oder mit dem Fährschiff von Mukran aus in die UdSSR antreten. Ziel dieser Lieferungen ist es, mit der Errichtung vieler kleinerer Kühlhäuser unnötige Transporte zu verhindern.

Helmut Kern, Auftragsleiter im Werk Niesky, verweist auf quantitative und qualitative Steigerungsraten bei diesem Auftrag, der eine langfristige Absatzlinie in die UdSSR sichert. „1984 wurden die ersten neun Lagerhäuser exportiert. Jetzt sind es rund 40 Stück pro Jahr, die kontinuierlich zum Partner gehen. Bis Ende 1990 sollen es 215 Häuser sein. Diese Zahl ist mit der UdSSR bereits vertraglich gebunden. Bisher wurden sieben verschiedene Typen geliefert.“

Seine Zufriedenheit über die DDR-Ergebnisse brachte bei der Übergabe Anatoli Masurov, Direktor vom Hauptauftragnehmer Gipromselprom Orjol, zum Ausdruck. Er stellte fest, daß derzeit 100 Kühlhäuser in der UdSSR in Betrieb sind.

Malaysias Nationalpark ist 50 Jahre alt

Dichte Regenwälder, geteilt von Flüssen mit reißenden Stromschnellen, Wasserfälle an bewachsenen Felswänden, einzigartige Pflanzen und ungezählte Tiere in ihrer natürlichen Umwelt — das macht die Schönheit des Taman Negara aus. Der über 4 000 Quadratkilometer umfassende Nationalpark inmitten der Malaysischen Halbinsel reicht in das Territorium von drei Bundesstaaten hinein, nach Pahang, Kelantan und Terengganu.

Im Juni vor 50 Jahren wurde er gegründet. Das Taman Negara Enactment von 1939 bildet die Grundlage für die Entwicklung von Flora und Fauna in der unberührten Natur des Parks, den der Besucher ausschließlich mit Genehmigung betreten darf.

Taman Negara ist nur mit dem Boot zu erreichen, was eine rund 60 Km lange Fahrt bis zum Stützpunkt des Büros für Wildlife und Nationalparks in Kuala Tahan bedeutet. Der Naturfreund kann die Wildnis dann — geführt von einem Orang Asli, einem in den malaysischen Wäldern beheimateten Ureinwohner des Landes — auf Dschungelpfaden oder Wasserwegen erleben. Wildtiere können beobachtet werden, vorwiegend Rotwild, Tapire und Wildschweine. Elefanten und Tiger, die ebenfalls im Dschungel von Taman Negara leben, werden kaum den Weg des Besuchers kreuzen.

400 Ranger wachen Tag und Nacht im Nationalpark und haben im vergangenen Jahr 5 000 Wilddiebe festgenommen.

luste sollten sich um die Hälfte reduzieren.

Durch das Werk Niesky wurde ein derartiges Kühlhaus als Experimentallager errichtet und dem sowjetischen Partner vorgestellt. Die Projektierung und Herstellung der Begasungstechnik wurde von sowjetischen Fachleuten übernommen.

Unmittelbar vor der Fertigstellung des 150. Hauses haben beide Partner den Jahresvertrag für 1990 unter Dach und Fach gebracht. Er sichert dem Werk den Export weiterer 40 technisch weiterentwickelter Kühlhäuser sowie die dazu gehörende modernere, luftgekühlte Kältetechnik. Anerkennung erhielt das Werk Niesky, das seit Anfang der 70er Jahre Kühlhäuser baut und sie beispielsweise nach Kuba, Jugoslawien und Nikaragua exportierte, auch vergangenen Herbst auf der Leistungsschau der DDR-Volkswirtschaft in Moskau: Dort gehörte das Werk mit seinem Kühlhaus zu den 50 von der UdSSR mit einem Diplom prämierten Kombinat und Betrieben.

Heiko FABER, ADN



Japan. Die Verwaltung für die Nationalverteidigung Japans organisiert gemeinsam mit dem Kommando der im Lande stationierten amerikanischen Truppenteile immer häufiger Demonstrationen der militärischen Macht auf der Insel Hokkaido, die in unmittelbarer Nähe der sowjetischen Grenze liegt.

Unser Bild: Während der fälligen Manöver der japanischen „Verteidigungskräfte“ auf Hokkaido.

Foto: TASS

Ausnahmezustand verhängt

Der Parlamentsabgeordnete der in Sri Lanka regierenden Vereinigten Nationalpartei (UNP) Anura Daniel ist am vergangenen Sonntag einem Mordanschlag von Angehörigen der extremistischen Singhalesen-Organisation Janatha Vimukti Peramuna (JVP) zum Opfer gefallen. Die Attentäter waren in das Büro des Abgeordneten eingedrungen und hatten Daniel sowie zwei Mitarbeiter niedergestreckt.

In der vergangenen Woche hatte Staatspräsident Ranasinghe Premadasa unter Hinweis auf

Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung sowie zur Herstellung der öffentlichen Ordnung über Sri Lanka den Ausnahmezustand verhängt. Seit Jahresbeginn sind rund 1 700 Menschen, darunter 500 Mitglieder politischer Parteien, Terroranschlägen tamilischer und singhalesischer Extremisten zum Opfer gefallen. Blutige Auseinandersetzungen im ethnischen Konflikt zwischen der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit und der tamilischen Bevölkerungsgruppe forderten seit Beginn des Jahrzehnts mehrere Tausend Menschenleben.

Serie von Tankerunglücken vor USA-Ostküste

Drei große Tankerkatastrophen haben sich in den vergangenen Tagen in den USA ereignet. Am Sonnabend flossen im Delaware-Fluß rund sechs Millionen Liter Rohöl aus dem havarierten uruguayischen Tanker „Presidente Rivera“ aus. Wie die USA-Küstenwache mitteilte, befand sich der mit 105 Millionen Liter Öl beladene Tanker auf dem Weg von der Delaware-Bucht zu einer Raffinerie in Marcus Hook (Pennsylvania), als er kurz vor Claymont aus noch ungeklärter Ursache auf Grund lief. Dabei wurden zwei Tanks leckgeschlagen. Das Öl treibt in einem 13 Kilometer langen Teppich flußabwärts und hat teilweise schon die Küste der Delaware-Bucht erreicht. Zum Absaugen des Öls sind zwei Spezialschiffe im Einsatz. Um eine weitere Ausbreitung des Öls zu verhindern, sol-

len die Mündungen anderer Flüsse in die Delaware-Einfahrt abgeriegelt werden.

Am Freitag war in der Naragansett-Bucht vor der Küste des USA-Bundesstaates Rhode Island der griechische Tanker „World Prodigy“ auf ein Riff gelaufen. Dabei entstand ein 40 Meter langer Riß in der Bordwand des Tankschiffs, das 30 Millionen Liter Heiz- und Dieselöl gebunkert hatte. Nach Angaben der Küstenwache strömten rund vier Millionen Liter Öl in das Meer.

Das Leck konnte von Rettungstrupps und Tauchern geschlossen werden. Um das fünf Kilometer vor der Küste havarierte Schiff wurden Pöntonsperren gezogen, mit dem Abpumpen des schnell verdunstenden Öls wurde begonnen. Der Ölteppich hat inzwischen den Sandstrand des Beaver-

Tail-Nationalparks erreicht und droht, sich trotz sofort eingeleiteter Maßnahmen weiter auszudehnen. Die Strände von Rhode Island sind für den Badebetrieb gesperrt, die Fischerei in der Bucht ist bis auf weiteres verboten. USA-Präsident George Bush beordnete Innenminister Manuel Lujan und den Direktor der Umweltbehörde EPA, William Reilly, an das Havariort vor der Küstenstadt Newport. Der Innenminister flog anschließend zur Delaware-Mündung weiter. Nach ersten Untersuchungsergebnissen befand sich entgegen den Vorschriften kein Öl im Sand.

Nach der Kollision eines Lastkahn mit einem panamischen Tanker am Sonnabend im Houston-Kanal im Bundesstaat Texas liefen rund 600 000 Liter Öl aus. Der Kanal wurde für die Absaugarbeiten gesperrt.

Vermittlungsauftrag zurückgegeben

Der Versuch Nikaraguas, über Vermittlung durch Managua Erzbischof Kardinal Obando y Bravo den politischen Dialog mit den USA wieder aufzunehmen, ist von Washington brüsk zurückgewiesen worden. Ein Sprecher des USA-Außenministeriums hat die Aufnahme von Gesprächen von innenpolitischen Veränderungen in Nikaragua abhängig gemacht und die Beschuldigung wiederholt, die sandinistische Regierung unterstütze die salvadorianische Befreiungsbewegung. Angesichts der USA-Bedingungen, so Kardinal Obando y Bravo, sehe er sich außerstande, seine Vermittlungsaufmission zu erfüllen. Dialog erforderte Entgegenkommen beider Seiten, und dies sei mit der Haltung Washingtons nicht gegeben.

Die Bevölkerung Nikaraguas

hatte an die Vermittlerrolle große Erwartungen geknüpft. Eine Normalisierung zwischen Washington und Managua hätte nach Einschätzung der Zeitung „Baricada“ der Entwicklung im Lande dienen und dem Friedensprozeß in der Region wertvolle Impulse geben können. Die Ablehnung von Gesprächen und die Mittelamerika-Reise von USA-Vizepräsident Dan Quayle bestätigten in Managua den Eindruck, daß das Weiße Haus weiterhin Nikaragua zu isolieren und zu destabilisieren sucht.

Diese Politik reflektiert sich auch in der veränderten Haltung mittelamerikanischen Staaten nach der Quayle-Reise. Mehrere Staatschefs gaben, sicher unter massivem Druck, Erklärungen ab, die nur als Bruch der Friedensvereinbarungen interpretiert wer-

den können. Honduras erhob Einwände gegen die im Februar gemeinsam beschlossene Demobilisierung und Reparierung der Contras.

El Salvadors Präsident Alfredo Cristiani erzog nach Quayles Besuch die Möglichkeit, das mittelamerikanische Friedensabkommen aufzukündeln. Selbst Kostarika äußert neuerdings Kritik an der Erfüllung der Vereinbarungen durch Nikaragua.

Nach Einschätzung von Beobachtern hat indessen gerade Nikaragua die größten Anstrengungen unternommen, den Friedensprozeß voranzubringen. Die vorzeitigen Wahlen, Änderungen am Wahl- und am Mediensgesetz, das Amnestieangebot an die Contras und die Zulassung von mittlerweile 22 oppositionellen Parteien sind Belege dafür.

Blockaden dauern an

Einen Monat nach dem außerordentlichen Gipfeltreffen der Arabischen Liga in Casablanca kann das dort eingesetzte Dreier-Komitee zur Lösung der Libanonkrise noch keinerlei Fortschritte vorweisen. Das Treffen hatte die Staatsoberhäupter Algeriens, Marokkos und Saudi-Arabiens beauftragt, Voraussetzungen für eine Tagung des libanesischen Parlaments zu schaffen. Dort sollten sowohl ein politisches Reformpaket verabschiedet als auch ein neuer Staatspräsident gewählt werden, nachdem seit Auslaufen der Amtszeit von Amine Gemayel am 23. September vergangenen Jahres alle Versuche zur Wahl eines neuen libanesischen Staatsoberhäupters gescheitert waren.

Trotz aller Bemühungen des Dreier-Komitees hält die nunmehr den vierten Monat währende militärische Konfrontation zwischen den libanesischen Konfliktparteien an — den unter dem Chef der Übergangsregierung, General Michel Aoun, stehenden Kräften einerseits und den progressiven Parteien andererseits. Das 60stägige flächendeckende Artilleriebombardement von Wohngebieten auf beiden Seiten der Demarkationslinie hat zwar seit dem 11. Mai aufgehört, doch eine Lösung des Konflikts ist nicht in Sicht, und der „Hafenkrieg“ zwischen beiden Seiten geht weiter.

Anfang März hatte General Aoun den Versuch unternommen, die Autorität seiner Regierung auf das ganze Land auszuweiten, und dabei eine See- und Luftblockade gegen die „illegalen“ und von den moslemischen Gruppierebenen beherrschten Häfen südlich von Beirut begonnen. Die Gegenseite antwortete darauf wenige Tage später mit der totalen Blockade der Häfen und Straßenverbindungen des nur etwa 1 500 Quadratkilometer umfassenden Wirkungsbereiches der Übergangsregierung. Das daraus resultierende gegenseitige Bombardement eskalierte zu den bislang schwersten Auseinandersetzungen des libanesischen Bürgerkrieges.

Die gegenseitige Blockade war bei der unter Vermittlung der Arabischen Liga zustande gekommenen Vereinbarung vom 11. Mai über einen Waffenstillstand ausgeklammert worden, um — wie es hieß — weitere Verhandlungen nicht zu belasten. Nahezu täglich schlagen seitdem weiter Granaten und Raketen am Bereich der Häfen Beirut, Jounie und Byblos ein, sporadisch begleitet von Schußwechsel an anderen Konfrontationslinien. Ein mit 4 000 Tonnen Benzin beladener Tanker, der bei Nacht verschuttet wurde, die Blockade zu durchbrechen, wurde in Brand geschossen.

Unter diesen Bedingungen blieben bisher auch die Bemühungen des stellvertretenden Generalsekretärs der Arabischen Liga, Lachdar Ibrahim, um eine Wiederbelebung des aus Repräsentanten der wichtigsten Konfliktparteien bestehenden Sicherheitskomitees erfolglos. Wie in Beirut verlautete, gab es selbst bei diesem der Stabilisierung des Waffenstillstands dienenden Vorhaben Ibrahims keine Annäherungen der konkreten Standpunkte der Konfliktparteien.

Unter den Folgen dieser Lage, die sich unter anderem in ständig steigenden Preisen für das lebensnotwendige Öl ausdrückt, leidet am stärksten die Bevölkerung.

Harald DITTMAR, ADN-Korrespondent

Die Auswahl „Panorama“ wurde aus Materialien der TASS und der ADN vorbereitet.

Aus unserer Post

Na, endlich!

Unlängst besuchte ich Lissakowsk, eine kleine Stadt im Gebiet Kustanal. Das war eine ereignisvolle Reise. Zum ersten Mal in der Geschichte dieser Stadt wurde hier um eben diese Zeit ein der sowjetdeutschen Kultur und Geschichte gewidmetes Konzert gegeben. „Na, endlich!“ dachte ich mit Genugtuung. Das Konzert war zu allem Kostenlos, die Teilnehmer luden ihre Verwandten und Bekannten ein, es kamen auch mehrere Interessenten, mit einem Wort der Saal war zum Bersten voll. Es war sehr erfreulich, daß auch viele Jugendliche erschienen waren. Das Konzertprogramm eröffnete Heinrich Helliwig, ein ehemaliger Lehrer, der einen Vortrag über die Geschichte der Sowjetdeutschen in Rußland hielt. Der Redner berichtete über die Stiftungskonferenz der Gesellschaft „Wiedergeburt“, die im März dieses Jahres in Moskau stattgefunden hatte, und machte die Anwesenden mit deren Programm bekannt. Zuletzt forderte er auf, sich an die Regierung bezüglich der vollen Rehabilitierung und Wiederherstellung der Autonomie der Sowjetdeutschen zu wenden.

Danach traten die Kinder aus der örtlichen Musikschule auf, Angela Becker, Wolodja Rupp, Dima Reich, Anja Tommer und andere Kinder boten den Zuhörern Werke von Beethoven, Händel und Glinka dar. Sie trugen auch Gedichte sowjetdeutscher Dichter vor und sangen deutsche Volkslieder. Die Mitglieder des Ensembles „Frühlingsstimmen“ hatten großen Erfolg. Diese Gruppe besteht aus Menschen verschiedener Berufe: aus Lehrern, Juristen, Musikanten. Das Konzert war gelungen.

Ich saß im Saal und freute mich über den geläuterten Reichtum unseres Volkes, über die große Menge von begabten Menschen, die unser Volk besitzt. Ich dachte daran, daß wir jetzt alle Kräfte aufwenden müssen, um alles Volkstümliche zu retten und zu erhalten. Der Beitrag solcher Veranstaltungen zur Erhaltung unserer Kultur ist meiner Meinung nach unüberschätzbar. Mich kränkte aber, daß das Stadtparlament keine Initiative dieses Festes fast keine Hilfe geleistet hat. Das einzige, was es getan hat, war das Erlaubnis, das Konzert durchzuführen. Keine Korrespondenten der örtlichen Massenmedien wohnten dieser Veranstaltung bei. Das Konzert bekam überhaupt keine Reklame, die Mitglieder des Ensembles „Frühlingsstimmen“ traten ohne Nationaltrachten auf. Alles fußte auf der eigenen Initiative der Konzertteilnehmer. Solchen Veranstaltungen sollte man mehr Aufmerksamkeit schenken. In diesem Sommer wird in Lissakowsk ein „Fest der deutschen Volkskunst“ durchgeführt werden. Ich möchte hoffen, daß die Stadtbehörden dieser Veranstaltung konkrete Hilfe erweisen.

Viktor PRETZER
Gebiet Kustanal

Wir benötigen sowjetdeutsche Literatur

In der „Freundschaft“ vom 20. Mal habe ich den Beitrag „Für Bücherfreunde“ von Frieda Denning (Leiterin der Buchhandlung „Drushba“ in Zelinograd) gelesen. Sie erwähnt meinen Brief, in dem ich mich über den Mangel an Büchern sowjetdeutscher Autoren beklage. Sie behauptet, daß es in der Buchhandlung „Drushba“ solche Bücher in Hülle und Fülle gibt. Was haben denn wir davon, die in Rayonzentren und kleinen Dörfern leben? Sollen wir ins Gebietszentrum fahren, um ein deutsches Buch zu erwerben? Dann werden es wahrscheinlich „goldene Bücher“ werden. „Man kann sie bei uns ohne Anzahlung per Nachnahme beziehen“, schlägt Frieda Denning vor. Ja, das stimmt. Ich hatte einmal schon ein Büchlein für 36 Kopeken aus dieser Buchhandlung bekommen. Dafür mußte ich aber 94 Kopeken zahlen. Ist das normal? Andere Bücher, die ich damals bestellt hatte, waren nicht vorhanden. Es ist also kein Ausweg für uns, diese Bücher per Post zu bestellen. Wer ist dafür verantwortlich, daß die sowjetdeutschen Autoren ihren Leser nicht finden können?

Richard HAAS
Gebiet Zelinograd

Schmeckt schön und ist gar nicht teuer

Die Warmbeköstigung der Kinder zu Mittag in der Mittelschule des Kolchos „Trudowik“, Kirgisien, wurde bereits vor zehn Jahren organisiert. Seit dem vorigen Jahr spürte man aber, daß diese Versorgung schon nicht mehr ausreichte. Die Schule bekam etwa 90 neue Schüler und es war kaum möglich, sie alle im kleinen Speiseraum der Schule zu bedienen. Dieses Problem wurde jedoch schnell gelöst. Eine Gruppe von 30 Kindern wurde mit ihrer Lehrerin und Erzieherin Alexandra Kampatowa

„Steter Tropfen höhlt den Stein“,

sagte mal ein weiser Römer, der Poet Ovid, nicht ahnend, daß er... eine Erfindung der neuesten Technik voraussagte.

Steter Tropfen höhlt den Stein — so könnte man kurz und bündig die Technologie der Bearbeitung von Steinblöcken unter hohem Druck und das Arbeitsprinzip der Technik charakterisieren, mit denen die Internationale Handelsgesellschaft „Markus Trester“ zu uns nach Kasachstan gekommen ist.

Kein Tribut der Mode, sondern gegenseitiger Nutzen und das Interesse beider Seiten füreinander, veranlaßt die Kasachstaner Spezialisten und die Firmen im Westen, nach Geschäftskontakten zu suchen. Das Alma-Ataer zweigübergreifende Zentrum mit wirtschaftlicher Rechnungsführung „Kontakt“ erleichtert dieses Vorhaben wesentlich. Anhand der Werbungs- und Informationsmaterialien des „Kontakt“ arbeiten heute die österreichischen und Kasachstaner Spezialisten an der Schaffung gemeinsamer Betriebe.

Ein Videofilm zeigt den Ort der Handlung in einem Marmorabbau. Die äußerlich einfache Anlage, ähnlich dem Antriebs der uns bekannten Bohrmaschine, zerschneidet weich und gerade, als wäre es eine Torte, einen riesengroßen Marmorblock in einzelne Platten. Nur die hinausströmenden Dampfwolken geben Kunde von der kolossalen Kraft, mit der das Wasser den Widerstand des Naturstoffes überwindet. Dieser Anblick beeindruckt. Man kann sich schon vorstellen, wie das in den Steinbrüchen aussieht! Gerhard Trester — der Chef der Firma und ein Nachkomme ihres Begründers — macht den Vorschlag, das Wasserstrahl-Schneidsystem in zwei Monaten unter Kasachstaner Bedingungen zu erproben. Achmetshan Scharidinow, der Generaldirektor der Vereinigung „Shelesobeton“ in Vertretung, zeigt für diesen Vorschlag großes Interesse. Er demonstriert Gerhard Trester Muster bearbeiteter Steine wie Granit, Marmor und Tuff (gerade jener seltensten und daher für viele so begehrten Art) sowie anderer Steinsorten, an denen die Tagebaue unseres Gebiets so reich sind. Herr Trester demonstriert seinerseits ein Muster der dünnen — 0,5 Millimeter starken — Marmorplatte, geklebt auf Aluminiumblech. Dieses Material kann als Außenverkleidung von Häuserfassaden verwendet werden.

Es läuft ein gewöhnliches Geschäftsgespräch. Nelli Kufonina — Assistentin des Ministers für Autostraßen der Republik, Lew Worobjow — stellvertretender Chef des Trusts „Sredasenergomontash“, Wikenti Wessedin — Chefingenieur in der „Kasramor“ und Saken Iskandrirow — Cheftechnologe der Tagebaueverwaltung Alma-Ata, überprüfen und analysieren die Möglichkeiten der angebotenen Zusammenarbeit. Es ist ein vorläufiges Gespräch. Es gilt noch, die Orte, Betriebe und Tagebaue zu besuchen, sich mit den örtlichen Bedingungen besser bekanntzumachen und dann... Dann verzichten wir vielleicht auf das barbarische Verfahren des Abbaus und der Verarbeitung wertvoller Steinsorten durch Explosionen bei dem bis zu 70 Prozent des Materials verlorengehen. Dann werden wir vielleicht die Fassaden unserer Häuser mit akkuraten und schönen Verkleidungsplatten aus Marmor und vielleicht sogar auch aus Sandstein und Beton verziern, die nicht 100 bis 120 Kilogramm pro Quadratmeter schwer sind, sondern nur ein Sechstel oder Siebentel davon und daher auch dementsprechend kosten und folglich viel vorteilhafter sein werden... Vielleicht... Welche Bedingungen stellt aber die österreichische Firma?

„Unsere Beziehungen werden auf devisenfreier Grundlage beruhen“, erklärt der technische Direktor Bohuslav Zolima. „Im Westen ist die Verkleidung der Gebäude mit Stein gegenwärtig große Mode. So könnten wir uns



Unsere Bilder: G. Pogulajew und Gernot Krenn am Verhandlungstisch (oben); G. Trester und B. Zolima (unten).



mit Ihnen mit Ausrüstungen und Produktion verrechnen.“ Auf die Frage, warum die Wahl ausgerechnet auf Kasachstan fiel, antwortet der Delegationsleiter und Chef der Firma Gernot Krenn: „Wir sind über die gewaltigen Steinvorräte in Ihrer Region informiert. Dies zum ersten.“ „Und zum zweiten“, führt der Direktor des „Kontakt“ Gennadi Pogulajew weiter aus, „haben wir unsere Bekanntheit in Ungarn geschlossen, wo wir über die Zusammenarbeit bei der Luftfahrt verhandelten. Damals kamen wir gerade überein, unsere Geschäftskontakte auszubauen.“ Ich bitte Gerhard Trester, von seiner Firma zu erzählen. Sie sei keine sehr große und auch ohne keine kleine, sondern eine mittelgroße Handelsfirma, erklärt er über Bohuslav Zolima, der die russische Sprache perfekt beherrscht. Sie vermittelt zwischen großen westlichen Anlagenproduzenten wie Frankreich, Italien, Westdeutschland u.a. und den Abnehmern, „Markus Trester“ befaßt sich gerade mit der Ermittlung von Erzeugnisabneh-

mern, sie hat in vielen Ländern zahlreiche Zweigstellen. Es wäre begrüßenswert, sich eine Stelle auch bei uns zu haben. Gennadi Pogulajew stellt sich das wie einen Dreieck vor: Firma „Trester“ — Zentrum „Kontakt“ — Betriebe der Republik. Jeder mit seinem Gewinnanteil. „Das ist ein durchaus mögliches Vorhaben“, meint Gennadi Pogulajew. „Jetzt gibt es alle Bedingungen für eine solche Zusammenarbeit. Es würde genügen, mit einem einzigen Vertrag zu beginnen. Später aber könnte man unsere Beziehungen Schritt für Schritt ausbauen, entwickeln und präzisieren, bis ideale Kontakte erreicht würden — so klar wie ein Tropfen Wasser.“ Apropos Wasser. Auch Wasser bedeutet Ausgaben, und in diesem Aspekt ist ebenfalls haushälterisches Vorgehen geboten: Die schöpferische Gruppe des Zentrums „Kontakt“ hat zum Treffen mit den österreichischen Spezialisten Modelle von Anlagen vorbereitet, die abgenutztes Wasser bis auf 99 Prozent reinigen und dadurch dessen mehrmalige Benutzung ermöglichen. Die preiswerten Entwicklungen der jungen Alma-Ataer Rationalisatoren (die gegenwärtig bestehenden sind 17mal teurer!) könnten die Rentabilität der Steinbearbeitung noch mehr heben. Als Geschäftsmann interessiert sich Gerhard Trester vor allem für die technologischen und ökonomischen Daten der angebotenen Anlagen. Er berechnet etwas auf dem Papier und erklärt darauf, man müsse sich diese Anlagen in der Arbeit ansehen. Es wird beschlossen, an einem der Aufenthaltstage sich extra damit zu beschäftigen. Wer weiß, vielleicht werden die nicht patentgeschützten Entwicklungen unserer Köpfe (es liegen nur die Urheberzeugnisse vor) sich über Österreich den Weg in die seltenmäßige Fertigung bahnen und somit allerlei behördlichen Bestätigungen und Vereinbarungen umgehen können.

Auf dieses Naturphänomen — die Kraft des Wassers — war der Mensch schon seit langem aufmerksam geworden. Die Römer im Altertum spülten mit Wasser goldführende Berghänge aus, und zu Beginn unseres Jahrhunderts wurde mit Hilfe des Wassers in russischen Gruben Kohle gewonnen. Gegenwärtig werden diese Eigenschaften des Wassers von Wissenschaftlern und Fachleuten vieler Länder weiter erforscht. Die Kraft des Wassers bezaubert und begeistert. Sowohl der große Niagara-Wasserfall als auch der kleine Wassertropfen eröffnen den Menschen unermeßliche Horizonte des Möglichen.

Die vorläufigen Unterredungen unserer und der österreichischen Spezialisten sind zu Ende gegangen. Doch bis Monatsende werden sie noch in verschiedenen Betrieben der Republikhauptstadt und der Republik weilen. Tagebaue besuchen und schließlich über die Varianten gemeinsamer Betriebe entscheiden. Die Arbeit nimmt ihren Fortgang, über ihre Ergebnisse werden wir Sie später informieren.

Valentina FILIPPOVA
Alma-Ata



Der Firmenzeichen der Kapschagaier Porzellanfabrik ist nun an einem zweiten Ort zu Hause: Die Darstellung einer fliegenden Möwe ist am Gebäude des neuen betriebseigenen Ladens „Schagala“ erschienen, der in Alma-Ata eröffnet worden ist. Er spezialisiert sich auf die Realisierung der Erzeugnisse der Porzellanfabrik Kapschagai.

„Der Hauptzweck der Gründung des betriebseigenen Ladens ist die Bedarfserforschung“, sagt der Fabrikdirektor, M. Makarow, „aber auch die Propaganda und die Reklame unserer Erzeugnisse. Der unmittelbare Kontakt mit den Kunden bietet uns die Möglichkeit, unsere Aufgaben schneller und, was besonders wichtig ist, effektiver zu lösen. Heute besteht das Sortiment der Fabrikserzeugnisse aus mehr als vierzig Erzeugnisarten, deren Hälfte jedes Jahr erneuert wird. Um ihre garantierte Zahl zu erweitern, wird in der Experimentalfabrikation des Betriebs jedes neue Erzeugnis getestet. Ein Bestandteil der Attestierung ist auch dieser Laden.“

Unsere Bilder: Die Porzellanbemalerin in der Fabrik Jelena Beresnjava; der betriebseigene Laden „Schagala“. Fotos: KasTAg



Meeting mit tausend Teilnehmern an der Wolga

Der 29. Juni 1964 ist der Gründungstag der ersten deutschen Kolonie an der Wolga, der Kolonie Nishnaja Dobrinka mit 353 Einwohnern. In denselben und den nachfolgenden Jahren entstanden die Kolonien: Anton, Galka, Schilling, Balzer, Dt. Stscherbakowka, Enders, Fischer, Franzosen, Holstein, Hussaren, Rosenhain, Sarepta, Schwed u.a.

Insgesamt entstanden in der Zeit der Urbarmachung der unteren Wolga 105 Kolonien.

Lesen Sie aus diesem Anlaß unseren nachstehenden Beitrag:

Nishnaja Dobrinka. Das ist das erste deutsche Dorf, das vor 225 Jahren an der Wolga gegründet wurde. Zu Ehren dieses Jubiläums fand im Juni in Dobrinka, an den grünen Wolgaufern, ein Meeting statt, an dem rund 1.000 Menschen teilnahmen. Zum Meeting kamen von weit und breit Menschen deutscher und anderer Nationalitäten. Es gestaltete sich vor Ort zu einem wahren Volksfest. Von den Alteingesessenen kann sich niemand erinnern, daß je ein so starkbesuchtes Meeting hier an der Wolga stattgefunden hat. Initiatoren dieser Festversammlung waren die Schauspieler aus Temirtau mit dem Stellvertretenden Direktor des Deutschen Theaters Jakob Fischer an der Spitze, die zu dieser Zeit an der Wolga, in den Städten Kamyschin, Krasnoarmejsk, Engels, Marx und Palasowka Gastspiele gaben. Als erster ergriff Jakob Fischer das Wort, der ausführlich darüber erzählte, unter welchen schweren Verhältnissen das Dorf Dobrinka an der Wolga entstand und mit welcher patriotischen Hingabe sich die Deutschen an der Wolga heimisch machten. Zuletzt sagte Fischer, daß die Sowjetdeutschen ihre Sowjetheimat lieben und daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem dieses Gebiet an der Wolga von neuem zu ihrer engeren Heimat werden wird. Diese Worte wurden von den Versammelten mit stürmischem Beifall aufgenommen. Dann gaben die Schauspieler

In der Mußestunde In der Mußestunde

Text: W. MÜLLER

Musik: Fr. SCHUBERT

Der Lindenbaum

Mäßig p
1. Am Brunnen vor dem Tore, da steht ein Lindenbaum; ich träumt' in seinem Schatten so manchen süßen Traum; ich schnitt in seiner Rinde so manches liebe Wort; es zog in Freud' und Leide zu ihm mich immerfort, zu ihm mich immerfort.
2. Ich // dort.

Ich muß' auch heute wandern vorbei in dunkler Nacht, da hab' ich noch im Dunkel die Augen zugemacht; und seine Zweige rauschten, als riefen sie mir zu: Komm her zu mir, Geselle, hier find'st du deine Ruh!
Die kalten Winde bliesen mir grad' ins Angesicht, der Hut flog mir vom Kopfe, ich wendete mich nicht. Nun bin ich manche Stunde entfernt von jenem Ort, und immer hör' ich's rauschen: du fändest Ruhe dort!

Bedauerlicherweise wurden in „Freundschaft“ Nr. 93 dem Notentext „Der Lindenbaum“ aus Versehen die Worte eines anderen Liedes beigegeben. Wir entschuldigen uns dafür und bringen den richtigen Text.

den war, von neuem zurückerrstattet wird.

Abends, nach dem Meeting fand im größten Kulturpalast von Kamyschin ein zweistündiges, inhaltsreiches Konzert statt, das von den Zuschauern sehr gut aufgenommen wurde. Hier traten neben den Schauspielern des Deutschen Theaters aus Temirtau, auch die Musiker aus Kopejsk (Gebiet Tscheljabinsk), Krasnoarmejsk (Gebiet Saratow) und mehrere Kollektive aus den Rayons des Gebiets Wolgograd an die Reihe. Im Anschluß an den Auftritt der Schauspieler erschallte das Lied von Georg Haffner „Hier sind wir zu Hause“, gesungen vom Folklorekollektiv NL-Leserklub in Kamyschin. Es wurde von den Versammelten mit einem gewaltigen Beifallsturm begrüßt. Den Älteren und den zugereisten Sowjetdeutschen standen Tränen in den Augen. Es war zu sehen, daß sich Menschen am Wolgaufer niederließen und die Erde küßten, andere wiederum nahmen sich etwas Erde des Wolgabergs mit nach Hause, um sie ihren Familien zu zeigen und zu bewahren, bis den Sowjetdeutschen endlich mal ihre Wolgarepublik, die ihnen ganz gesetzwidrig weggenommen wor-

Die nächste Nummer der „Freundschaft“ erscheint am 1. Juli.

Chefredakteur
Konstantin EHRICH

Unsere Anschrift:

Kazachskaja SSSR,
480044, Alma-Ata,
ul. M. Gorkogo, 50,
4-й этаж



Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69; stellvertretende Chefredakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Propaganda — 33-38-04; Parteipolitische Massenarbeit — 33-38-69; Sozialistischer Wettbewerb — 33-33-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; 33-37-62; Kultur — 33-43-84, 33-33-71; Leserbriefe — 33-48-29, 33-32-96, 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrekturen — 33-92-84.
Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanal — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-33-62; Zelinograd — 2-04-49.

«ФРОЙНДШАФТ»
ИНДЕКС 65414

Выходит еженедельно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового
Красного Знамени
типография Издательства
ЦК Компартии Казахстана
480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана
офсетным способом
M 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
Объем
2 печатных листа
УГ 01244 Заказ 121367